



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 73 Juli/4 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

EU-Gelder fördern Verbrechen gegen afrikanische Migranten

Alexander Rubinstein, Substack / 15.05.2023

Ein Bericht der UNO zur Lage in Libyen deckt Folter, sexuelle Ausbeutung und Zwangsarbeit auf. Die EU sei mitverantwortlich.

Eine dreijährige Untersuchung der Vereinten Nationen ist zu dem Schluss gekommen, dass Geldzuwendungen der Europäischen Union an libysche Staatseinrichtungen Straftaten gegen die Menschlichkeit begünstigt und gefördert haben. Diese reichen von Zwangsarbeit über sexuelle Ausbeutung bis hin zu Folter. Möglich geworden ist dies durch die finanzielle Unterstützung von staatlichen Einrichtungen, namentlich der libyschen Küstenwache sowie der libyschen Behörde für die Bekämpfung der illegalen Migration (DCIM). In dem Bericht der UNO, der am 27. März 2023 veröffentlicht wurde, heisst es einleitend: «Die Kommission stellte fest, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Migranten in Haftanstalten begangen wurden. Diese standen unter der tatsächlichen oder nominellen Kontrolle der libyschen Behörde für die Bekämpfung der illegalen Migration, der libyschen Küstenwache und der libyschen Einrichtung zur Gewährleistung von Stabilität. Diese Institutionen erhielten technische, logistische und finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten»

Verbrechen und Willkür sind weit verbreitet im Land

In dem Bericht steht, dass es in dem einst wohlhabenden Land Libyen «eine weit verbreitete Praxis» sei, Menschen willkürlich zu inhaftieren, zu ermorden, zu vergewaltigen, zu versklaven, sexuell auszubeuten oder zu verschleppen. Diese Lage entwickelte sich, nachdem die NATO im Krieg gegen Libyen einen Regimewechsel erzwungen hatte. In der Folge herrschte dort während über einem Jahrzehnt ein Bürgerkrieg. Der UNO-Bericht geht auch auf die Notlage von Migranten ein. Er klagt die Europäische Union dafür an, dass sie es der libyschen Regierung ermögliche, Verbrechen an Afrikanern zu begehen, die in Europa Asyl suchen wollen.

Anstatt Migranten, die per Boot nach Europa reisen, selbst abzufangen, habe die Europäische Union diese unangenehme Arbeit an die libysche Küstenwache ausgelagert. Sobald die Küstenwache Migranten festnimmt, würden sie nach Libyen zurücktransportiert und sowohl in offizielle als auch in «geheime Gefängnisse» gebracht. Dort würden sie oft ausgebeutet, zum Zweck der finanziellen Bereicherung – mittels Zwangsarbeit, Lösegeldforderungen oder Prostitution.

Staatsbedienstete machen gemeinsame Sache mit Kriminellen

«Es gibt berechtigten Grund zur Annahme, dass Migranten in den Haftanstalten der Behörde für die Bekämpfung der illegalen Migration (DCIM) versklavt wurden», heisst es in dem Bericht, und dass Mitarbeiter und Beamte der DCIM und der Küstenwache «auf allen Ebenen» involviert seien. Hochrangige Beamte hätten sowohl bei der Inhaftierung als auch beim Abfangen mit Menschenhändlern und Schmugglern «gemeinsame Sache» gemacht.

Wörtlich heisst es im Bericht der UNO: «Die Kommission fand auch stichhaltige Gründe für die Annahme, dass das Wachpersonal Zahlungen für die Freilassung von Migranten forderte und auch erhielt. Menschenhandel, Versklavung, Zwangsarbeit, Inhaftierung, Erpressung und Schmuggel brachten Einzelpersonen, Gruppen und staatlichen Institutionen erhebliche Einnahmen.»

Bereits im Jahr 2017 berichteten internationale Medien, dass der Sklavenhandel in Afrika wiederauflebe – mitverantwortlich sei der von der NATO unterstützte Krieg mit dem Sturz des libyschen Staatschefs Muammar Gaddafi. Die Vereinten Nationen haben nun bestätigt, dass diese Praxis nicht nur fortbesteht, sondern zudem noch von der EU unterstützt wird. UNO-Ermittler *Chaloka Beyani* sagte gegenüber Reportern: «Die Unterstützung der libyschen Küstenwache durch die EU [...] hat zu diversen Menschenrechtsverletzungen beigetragen. Es ist auch klar, dass die libysche DCIM für eine Vielzahl von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den von ihr betriebenen Gefangenenlagern verantwortlich ist. Die Unterstützung, die sie von der EU erhielt, hat dies begünstigt. Wir behaupten zwar nicht, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diese Verbrechen begangen haben, aber Tatsache ist, dass die gewährte Unterstützung die Verbrechen begünstigt und gefördert hat.»

EU-Gelder stützen eine kriminelle Infrastruktur

Nach Angaben der Brookings Institution aus dem Jahr 2021 zahlte die EU seit 2015 455 Millionen Dollar an die libysche Küstenwache und andere libysche Regierungsstellen. Eine Untersuchung von The Outlaw Ocean Project^[1] und «The New Yorker» fand heraus, dass EU-Gelder «für alles aufkommen. Von den Bussen, die gefangene Migranten vom Hafen zu den Gefängnissen transportieren, bis hin zu den Leichensäcken für Migranten, die auf See oder in der Haft umkommen». Laut ihrer gemeinsamen Untersuchung erhielt Libyens Behörde für die Bekämpfung der illegalen Migration «30 speziell modifizierte Toyota Land Cruiser, um Migranten in der südlichen Wüste Libyens abzufangen», während das Geld der EU der DCIM auch ermöglichte, «10 Busse zu kaufen, um gefangene Migranten in Gefängnisse zu transportieren, nachdem sie gefangen genommen worden waren».

Der gewaltsame Sturz von Gaddafis Regierung im Jahr 2011 durch die NATO und die von ihr unterstützten salafistischen Rebellenführer führten Libyen in einen Bürgerkrieg. In der Folge wurden weite Teile des Landes von Banditen übernommen, die Al-Qaida und ISIS nahestehen. Als die NATO und deren dschihadistische Verbündete gegen Gaddafi vorgingen, warnte Gaddafi vergeblich, dass sein Sturz ganze Regionen des Kontinents destabilisieren und zu einer neuen Migrationskrise für Europa führen würde. Das Mittelmeer würde sich in ein «Meer des Chaos» verwandeln. Gaddafis Sohn warnte damals in ähnlicher Weise: «Libyen könnte das Somalia Nordafrikas und des Mittelmeers werden. Sie werden die Piraten auf Sizilien, auf Kreta und in Lampedusa sehen. Sie werden Millionen von illegalen Einwanderern sehen. Der Terror wird gleich um die Ecke sein.»

Der Kampf um die Macht hält die libysche Krise in Gang

UNO-Ermittler und Professor *Chaloka Beyani* machte für die derzeitige Krise in Libyen einen «Kampf um die Macht» verantwortlich. Allerdings vermied er jeden direkten Bezug zu der Tatsache, dass erst die Intervention des Westens das dafür notwendige Machtvakuum schuf. Auch die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* vermied es in ihrer Meldung über den UNO-Bericht, den sie als «brutal und nieder-

schmetternd» bezeichnete, die NATO-Intervention von 2011 zu erwähnen. Vielleicht liegt das daran, dass der damalige Direktor der Organisation, *Ken Roth*, den Angriff damals befürwortete. Weil eine starke, stabile Zentralregierung in Tripolis fehlt, konnte sich eine ganze Industrie entwickeln, deren Geschäftsmodell die Ausbeutung von Migranten ist. «Die Inhaftierung und der Handel mit Migranten ist ein grosses Geschäft in Libyen. Es ist ein unternehmerisches Projekt», sagte Beyani gegenüber *France 24* nach der Veröffentlichung des Berichts.

UNO-Bericht als Fussnote behandelt

Die Verwandlung Libyens in eine anarchische Höllenlandschaft führt dazu, dass nicht noch mehr Migranten das Ziel Europa erreichen. Der UNO-Bericht schätzt, dass sich während des Untersuchungszeitraums mehr als 670'000 Migranten in Libyen aufhielten.

Grosse Medien in den USA und in Europa haben den am 27. März veröffentlichten UNO-Bericht über Libyen weitgehend als Fussnote behandelt. Und doch ist der Westen hauptverantwortlich dafür, dass der Albtraum in Libyen weitergeht.

Folgendes ist der FIGU von Unbekannt zur Veröffentlichung zugespielt worden:

Uncut-News; 11. Juli 2023, JOSEPH PREZIOSO/AFP via Getty Images RFK Jr.:

RFK Jr.: CIA war an der Finanzierung des COVID-Leck-Labors in Wuhan beteiligt

«Ich denke, die CIA war mit Sicherheit an dieser Forschung beteiligt. Präsidentschaftskandidat Robert F. Kennedy Jr. erklärte am Montag, er glaube, dass die CIA an der Finanzierung des Labors in Wuhan beteiligt war, in dem die COVID-Pandemie ihren Ursprung hatte.»

In einem Interview mit Jesse Watters von Fox News hat Kennedy angedeutet, dass die Regierung Biden nicht daran interessiert ist, China für die Vertuschung des Laborlecks zu bestrafen, da dadurch die von den National Institutes of Health finanzierten Biowaffenprogramme bekannt würden.

«Ich denke, dass die CIA mit Sicherheit an dieser Forschung beteiligt war», erklärte Kennedy und fügte hinzu: «Sie haben sie über USAID finanziert. Und das NIH, glaube ich, hat dem Labor in Wuhan schliesslich etwa 26 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Aber USAID, das als CIA-Surrogat fungierte, gab über 64 Millionen Dollar. Auch das Pentagon gab eine Menge Geld.»

RFK Jr. kritisierte auch Anthony Fauci, über den er ein ganzes Buch geschrieben hat: «Ich glaube, er hat viel Schaden angerichtet. Ich denke, dass er vorwiegend dadurch, dass er den Amerikanern eine frühzeitige Behandlung vorenthalten hat, die weltweit höchste Todesrate verursacht hat. Wir haben nur 4,2% der Weltbevölkerung, aber wir hatten 16% der COVID-Todesfälle in diesem Land, und das war eine Folge schlechter Politik.»

«Es gab Länder, die das Gegenteil von dem taten, was wir taten, die ihrer Bevölkerung Ivermectin, Hydroxychloroquin und andere frühe Behandlungen zur Verfügung stellten, und die 1/200 der Todesrate hatten, die wir hatten», fuhr Kennedy fort.

Zum Thema Impfstoffe erklärte Kennedy: «Ich glaube, dass Autismus durch Impfstoffe verursacht wird. Aber ich denke, dass die meisten Dinge, die die Leute über meine Meinung zu Impfstoffen glauben, falsch sind. Alles, was ich über Impfstoffe gesagt habe, ist, dass wir eine gute Wissenschaft haben sollten.»

Er fuhr fort: «Wir sollten die gleiche Art von Tests durchführen, placebokontrollierte Studien, wie wir sie für jedes andere Medikament haben. Impfstoffe sind von den placebokontrollierten Studien vor der Zulassung ausgenommen. Es gibt keine Möglichkeit, das Risikoprofil dieser Produkte oder auch nur den relativen Nutzen dieser Produkte zu beurteilen, bevor sie zugelassen werden, und wir sollten diese Art von Tests durchführen.»

RFK Talks Vaccines, Fauci

Quelle: RFK Jr.: CIA Was Involved In Funding Wuhan COVID Leak Lab

Biden bietet der Ukraine das Schicksal Israels an

12/07/2023

Yellens Besuch in China ist gescheitert

11/07/2023

Amerika ist eine Militärdiktatur, getarnt als Demokratie

11/07/2023

Unmanipulierte & Freie Medien

Wir werden nicht von Vereinen, Verbänden, Parteien oder sonstigen Lobbygruppen unterstützt. Wir schalten keine Werbung, wir belästigen auch nicht mit lästigen Pop-ups oder nötigen unsere Besucher, den Adblocker zu deaktivieren. Unterstütze unsere Unabhängigkeit!

© 2023 All rights reserved

Überbevölkerung: Die Bedrohung bleibt bestehen

AB Khan, 12. Juli 2023



In der heutigen Welt sind Informationen per Fingerklick verfügbar. Ich habe das Gleiche getan, um die aktuelle Bevölkerung Pakistans zu kennen, und www.worldometers.info zeigte eine Zahl von 234'480'525 Lebenden an, während die Weltbevölkerung 8 Milliarden Lebende beträgt.

Bedenken Sie jedoch, dass die Weltbevölkerung mit jedem Wort, das Ihnen durch den Kopf huscht, wächst, egal wie schnell Sie scrollen, und wenn Sie diesen Artikel lesen, machen Sie den Autor nicht für falsche Informationen verantwortlich. Wenn man auf der Homepage nach unten scrollt, ist das verfügbare Informationsmaterial eine Fundgrube, denn man findet Diagramme, Daten, Statistiken, Analysen und alle möglichen Zahlen, aber seien Sie gewarnt, es ist keineswegs eine angenehme Lektüre, sondern eher ein Augenöffner.

Die Verantwortung liegt nicht nur bei der Regierung, den Herrschern, den Politikern und den NGOs, sondern auch beim Inbegriff: den Bürgern Pakistans. Nun stellt sich die Frage, wie die Beteiligten mit Themen wie Umweltwissenschaften, Wirtschaft, Gesundheitswesen und Stadtplanung umgehen werden, die in direktem Zusammenhang mit der Überbevölkerung stehen, wenn die Zahl der Verbraucher auf der Welt unaufhörlich zunimmt und Pakistan auf dem fünften Platz als bevölkerungsreichstes Land der Welt liegt. Die richtige Antwort auf diese Frage lautet Politik und Politiker.

Die Interessengruppen in den Korridoren der Macht, im Wahlkampf, im Parlament und in den klimatisierten Vorstandssitzungen beim Mittagessen spielen mit Begriffen wie «Empowerment von Frauen», «Förderung der Geschlechter», «Frauenemanzipation», «Entscheidungsfindung» und so weiter. Bedauerlicherweise können diese Worte den Worten nicht gerecht werden, bis ein weiteres aus acht Buchstaben bestehendes Wort «männlich» hinzugefügt wird, denn «in Rom tun, wie die Römer es tun». Neben der Bildung der Frauen müssen auch die Männer gebildet werden. Wenn wir über die Stärkung von Frauen sprechen, muss den Männern ebenfalls klar gemacht werden, dass damit nicht eine Entmachtung der Männer gemeint ist. Es geht darum, den Partner mitzunehmen und die Gleichstellungsformel auch bei der Entscheidungsfindung anzuwenden, indem man sich nicht von dem männlichen Geschlecht scheiden lässt, das bei dieser Entscheidung und ihren Ergebnissen eine entscheidende Rolle spielt.

Der Weltbevölkerungstag, der 11. Juli, wird seit 1990 begangen, aber es muss untersucht werden, wie viel erreicht wurde. Drehen sich die Räder bei der Umweltkontrolle rückwärts, ist das Gesundheitswesen jetzt in einem besseren Zustand, hat die Stadtplanung irgendwelche Ergebnisse gebracht oder zeigen die Wirtschaftszahlen einen Aufwärtstrend?

Die wachsende menschliche Bevölkerung sucht nach jedem Winkel und Ort, an dem sie sich niederlassen und einen Unterschlupf bauen kann, sei es in städtischen oder ländlichen Gebieten, und wirkt sich somit direkt auf die Umwelt aus. «Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung gelten als die grösste Bedrohung für die Menschheit», heisst es in einer UN-Umfrage unter einigen wenigen Nobelpreisträgern, in der sogar ein Atomkrieg unter der Bevölkerungszahl liegt.

Diese Bedrohung, die sich auf die Entwicklungsländer konzentriert, wird bestehen bleiben und ihre vielfältigen Auswirkungen nehmen täglich zu. Die Herausforderung ist nicht eine, sondern zahlreich, angefangen bei Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung, Einkommensverteilung und -sicherheit, ganz zu schweigen von Bildung, sauberem Wasser, Nahrung und Lebensbedingungen. Wie werden die Entwicklungsländer soziale und wirtschaftliche Entwicklung erreichen, wenn das schnelle Wachstum es für die Entwicklungsländer noch schwieriger macht, ihrer Bevölkerung eine grundlegende Gesundheitsversorgung zu bieten, geschweige denn ein Dach zum Schlafen oder sogar zum Essen am

Tag zu haben? Die Naturkatastrophen in Form von Überschwemmungen und Erdbeben sind ein Paradebeispiel für Pakistan, wo bei Besuchen ausländischer Staats- und Regierungschefs, internationaler Geber, NGOs und bei internationalen Konferenzen im Namen des «Klimawandels» so viel zugesagt wurde.

China führt neue Regeln zur generativen künstlichen Intelligenz ein

Daher stehen SDG-Ziele und -Vorgaben wie reproduktive Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen nicht ganz oben auf der Liste, wenn selbst die grundlegende Gesundheitsversorgung knapp ist, wenn die Gleichstellung der Geschlechter aus einer Perspektive betrachtet wird und die Stärkung der Frauen nur ihr Recht bedeutet um ja oder nein zu sagen.

Pakistan nähert sich langsam den allgemeinen Wahlen, was den politischen Parteien eine einmalige Gelegenheit bietet, ihre Wahlprogramme zu überdenken und das Thema Bevölkerungskontrolle in ihre Tagesordnung aufzunehmen. Auch wer eine selbständige Laufbahn plant, sollte sich dieser Verantwortung nicht entziehen. Allerdings liegt die Verantwortung nicht nur bei den Politikern, auch NGOs, Influencer und die Medienbranche sollten ab heute Verantwortung übernehmen und ihre entscheidende Rolle dabei spielen, das Thema in ihren jeweiligen Medien immer wieder zu verbreiten. Taten sagen mehr als Worte, daher sollte die Diskussion nicht damit enden, nur in einer Talkshow zur Hauptsendezeit zu sitzen und eine Erklärung oder ein Versprechen abzugeben, sondern ein ernsthaftes Engagement, ein sachlicher Zeitplan und eine entschlossene Lösung werden die Entscheidung eines Zuschauers über die Kandidatur während der Wahlen garantieren.

Quelle: <https://www.nation.com.pk/12-Jul-2023/over-population-threat-is-here-to-stay>

LESERBRIEF

Was passiert gerade mit uns allen? Zur aktuellen Lage in der Schweiz.

30.6.2023, 15.39 Uhr

Kann die Welt so angsterfüllend sein, wie sie uns momentan präsentiert wird?

Hitzetote, Turbokrebs, Atomkrieg, nächste Pandemie, Wahlmanipulation, Woke- und Genderidiotie, Überbevölkerung, drohender Terrorismus von Jungen und Massnahmekritikern, Blackout, horrenden Strompreise, Tod der Neutralität, unbezahlbare Krankenkassenprämien, Verbot von allen fossilen Brennstoffen, staatliche Eingriffe in die Privatsphäre, etc.

Wir hatten viele sehr gute Jahrzehnte, in denen wir politisch nicht wachsam waren. Es lief ja alles rund mit stetiger Aufwärtskurve. Stimmrecht hin oder her: Es wird schon recht gemacht von der Regierung. Und nun wird uns die Rechnung präsentiert.

Blindlings unseren Volksvertretern und Regierenden zu folgen, geht einfach nicht mehr. Das Vertrauen ist nicht mehr da. Wir haben Milliarden schulden, einen immensen Staatsapparat und grassierenden Lobbyismus. Ein Richtungswechsel muss dringend versucht werden. Daher: Neue Köpfe nach Bern!

Ich wünsche mir viel wachen und gesunden Menschenverstand bei den Wahlen unserer Volksvertreter im kommenden Herbst.

Quelle: <https://www.aargauerzeitung.ch/meinung/leserbrieue-zz/was-passiert-gerade-mit-uns-allen-ld.2482516>



Quelle: de.sott.net

Warum der Krieg in der Ukraine nicht in ein oder zwei Jahren zu Ende sein wird

uncut-news.ch, Juli 13, 2023



500 Tage Krieg (eher ein Scheinkrieg) und beide Seiten sind immer noch in demselben Paradoxon des Konflikts gefangen – wenn die eine Seite eine Gasse in einem Dorf erobert, während die andere einen glorreichen Sieg über einen Hühnerstall für sich beansprucht. Angesichts des derzeitigen Tempos der Kämpfe bekommt die Aussage von Jens Stoltenberg, dem Generalsekretär der NATO, der in aller Ruhe verkündete, was zu erwarten ist, einen anderen Stellenwert: «Wir arbeiten an einem mehrjährigen Paket mit umfangreichen Finanzmitteln ...». Mit anderen Worten: Der russisch-ukrainische Krieg wird noch einige Jahre dauern. In der Tat sind Stoltenbergs Worte ein Eingeständnis, dass ein Ende des Konflikts nicht in Sicht ist, geschweige denn die Rückgewinnung der von Wladimir Putin annektierten Territorien. Zumindest nicht im Jahr 2023 oder im nächsten Jahr, und auch nicht bis 2025 ...

Will jemand Frieden? Unwahrscheinlich

Die derzeitige Situation sollte jedem zu denken geben, der wirklich an einer Beendigung der Feindseligkeiten interessiert ist.

Selensky wird hoffentlich die bedingungslose Unterstützung der Bevölkerung und die weitere Hilfe des Westens haben, zumindest bis zur «Befreiung» des Donbass, wenn nicht sogar der Krim. Die ukrainische Gegenoffensive, mit der die Russen in Richtung Schwarzes Meer gedrängt werden, macht deutlich, dass sie genau das anstreben. Oder zumindest wird versucht, Moskau zu Verhandlungen zu bewegen, um nicht den Verlust (in Gefangenschaft oder Tod) von Zehntausenden von Soldaten zu riskieren.

Selensky hat sich stets geweigert zuzugeben, dass er Friedensgespräche ohne die «Krim» auf dem Tisch akzeptiert. Dafür hat er sowohl militärische als auch persönliche Gründe.

Aber auch er ist sich bewusst, dass dieser Krieg nur auf dem Verhandlungsweg beendet werden kann, da niemand die militärische Kraft hat, auf Moskau zu marschieren und damit die Russen zur Kapitulation zu zwingen. Gleichzeitig ist das Gerede vom «Regimewechsel» des Kremls nichts weiter als ein verführerisches Versprechen für Naive und zeugt von einem übertriebenen Optimismus hinsichtlich seiner Machbarkeit. Gleichzeitig wird die Wahrscheinlichkeit ignoriert, dass Putins Nachfolger den Russen keinen Frieden, sondern einen effektiveren Krieg versprechen wird. Jewgeni Prigoschin wurde in Rostow beklatscht, als er mit Wagner-Söldnern in die Stadt einmarschierte, denn das ist genau das, was die einfachen Russen möchten – Generäle anführen, die in der Lage sind, auf Kiew zu marschieren, wie Chukow 1945 auf Berlin.

Die Tatsache, dass die Rote Armee die Ukraine weiterhin täglich bombardiert, beweist, dass der Krieg nicht so bald enden wird. Vor einem Jahr, um diese Zeit, hielten die Lego-Truppengeneräle auf Antena 3 die Information über die Leerung der Waffendepots in Russland für selbstverständlich; 12 Monate sind vergangen, und die Raketen treffen immer noch Ziele, und jetzt beschossen sie sogar Lemberg (mit chirurgischer Präzision), nahe der NATO-Grenze (Polen).

Eher ein Gerangel als ein Krieg

Am Vorabend des Gipfeltreffens der Nordatlantischen Allianz in Vilnius (welch ein Paradoxon!) sind die Kiewer Streitkräfte überfordert. Sie sind nicht stark genug für eine erfolgreiche Gegenoffensive und leiden unter einem Mangel an militärischer Ausrüstung. Die deutschen Leopard-Panzer, die als die besten der Welt gelten, wurden bestellt, aber es zeigt sich, dass die Kornet-Panzerabwehrraketen der Russen wirklich eine hervorragende Munition sind – sie gehen durch die Leopard-Panzer wie durch Käse; die amerikanische

Presse schreibt bereits, dass das Pentagon die versprochenen Abrams nicht mehr liefern will, da die Generäle überzeugt sind, dass ihre Panzer auch nicht besser sind.

Zurück zu den Verhandlungen: So wie man Selensky vorwerfen kann, einen Waffenstillstand abzulehnen, weil er mehr will, so kann man das auch von Putin sagen. Anstelle eines totalen Krieges beharrte er auf einer «besonderen Militäroperation», die der Welt zeigen sollte, dass Russland etwas hat, womit es sich rühmen kann – vollständige Autarkie. Im Gegensatz zu China ist die Russische Föderation bei Nahrungsmitteln und Treibstoff autark und produziert alles, was sie benötigt, um ihre Streitkräfte und die Zivilbevölkerung inmitten eines kostspieligen bewaffneten Konflikts zu versorgen.

Bei dem Krieg in der Ukraine handelt es sich nicht um einen totalen Krieg wie im Ersten oder Zweiten Weltkrieg. Vielmehr handelt es sich um einen Minikrieg – amerikanische und russische Botschaften in Moskau und Washington sind nach wie vor in Betrieb, amerikanische und russische Astronauten teilen sich Raumkapseln, Telefonate zwischen dem Direktor der CIA und dem Chef des SVR finden statt. Wir sehen eine gegenseitige Zurückhaltung – die Russen greifen keine amerikanischen Flugzeuge und Schiffe an, die Waffen in die feindliche Ukraine transportieren, und die Amerikaner liefern im Gegenzug keine Waffen an Kiew, mit denen russische Städte angegriffen werden können.

Die gute Nachricht ist, dass wir wie viele andere im 18. Jahrhundert von einem höflichen «begrenzten Krieg» sprechen. Die schlechte Nachricht ist: Solange nur die Ukrainer unter Beschuss stehen, hat keiner der anderen Protagonisten einen Grund, die Kämpfe zu beenden. Und genau deshalb besteht die Gefahr, dass es noch mindestens 500 Tage dauert.

QUELLE: DE CE RĂZBOIUL DIN UCRAINA NU SE VA ÎNCHEIA ÎNTR-UN AN, DOI

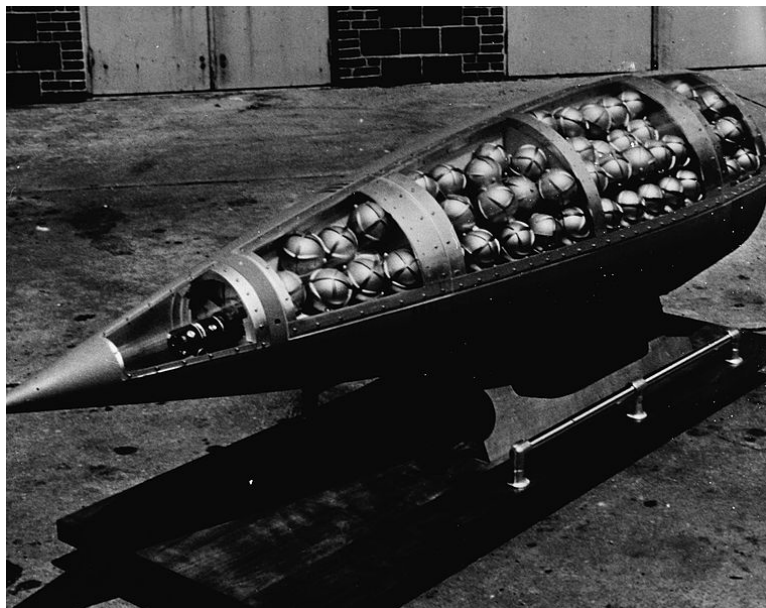
Quelle: <https://uncutnews.ch/warum-der-krieg-in-der-ukraine-nicht-in-ein-oder-zwei-jahren-zu-ende-sein-wird/>

Die Streubombenstrategie wird für die Ukraine und die NATO eine Katastrophe sein

T.H.G. Martin Jay, Juli 13, 2023

Der Abwurf von Tonnen dieses besonders grausamen Sprengstoffs auf die ukrainische Armee erscheint wie ein gutes Pflaster für eine in Wirklichkeit klaffende Wunde.

Die Nachricht, dass die NATO bzw. die USA beschlossen haben, ihre alternden Bestände an Streubomben abzuladen, sollte für diejenigen, die den Ukraine-Krieg verfolgen, nicht wirklich eine Überraschung sein. Vom ersten Tag an waren die westlichen Eliten verwirrt darüber, was sie tun, welche Ziele sie verfolgen und was das Endspiel sein soll. Die NATO hat die Zielposten so oft verschoben, was die ungeschriebenen Regeln angeht, dass es ziemlich schwierig wird, ein klares Bild zu erkennen. Sogar Stoltenberg selbst wirkt auf einer Pressekonferenz verwirrt, wenn er auf die Einzelheiten der neuesten Pläne angesprochen wird.



U.S. Army, original print located at Rocky Mountain Arsenal, Commerce City, Colorado

Streubomben sollen nun vor allem gegen russische Truppen eingesetzt werden, um Panzer aufzuhalten. Der Grund für diese Entscheidung liegt auf der Hand: Der Westen muss vor allem den EU-Ländern Zeit verschaffen, um ihre Militärvorräte aufzustocken, die bedrohlich knapp werden. Der Westen braucht mindestens sechs Monate, bevor er überhaupt daran denken kann, die Ukraine auf eine neue «Offensive» vorzu-

bereiten, und so erschien es wie ein gutes Pflaster für eine in Wirklichkeit klaffende Wunde, Tonnen dieses besonders grausamen Sprengstoffs auf die ukrainische Armee abzuwerfen.

Aber sind das dieselben Streubomben, für deren Verbot die meisten NATO-Mitglieder einen Vertrag unterzeichnet haben? Sind das dieselben Bomben, mit denen der Westen sich moralisch auf die hohe Warte stellte, als er Russland beschuldigte, sie gegen die ukrainischen Streitkräfte einzusetzen? Die Heuchelei oder vielmehr Verzweiflung ist verblüffend, aber sie unterstreicht einen Punkt, der immer wieder sein hässliches Haupt erhebt. Je mehr Zeit vergeht, ohne dass sich an der befestigten Linie etwas ändert, desto mehr gewinnt Russland und desto mehr verliert der Westen. Die NATO-Chefs und vielleicht auch Biden wissen das, und deshalb ist die Initiative der Streubomben für mich als Journalist, der miterlebt hat, was sie in Kriegsgebieten anrichten, eine massvolle Strategie einer Seite, die weiss, dass sie verliert, und die die Geschwindigkeit ihres eigenen Untergangs auf dem Schlachtfeld verlangsamen will.

Was die Leute nicht über Streubomben sagen, ist ihre bemerkenswerte Fähigkeit, Zivilisten – in der Regel Kinder – zu töten, anstatt den Lauf der Geschichte auf einem Schlachtfeld zu verändern. Und was die meisten westlichen Journalisten in ihren Texten nicht erwähnen, ist, dass Amerika solche schmutzigen Bomben seit dem Vietnamkrieg einsetzt, als in den späten sechziger Jahren 270 Millionen dieser winzigen «Submunitionen» in Laos abgeworfen wurden, die noch heute Kinder töten, die sie auf Feldern finden und mit ihnen spielen.

Aber das ist kein Spiel für die Soldaten, die sich auf ukrainischer Seite besser fühlen sollen, nachdem die Haubitzen, HIMARS, Javelins, ganz zu schweigen von den Bradleys, nicht mehr geliefert werden. Jetzt sollen sie durch die bevorstehende Ankunft der Streubomben aufgemuntert werden, bei denen ich stark bezweifle, dass sie für Angriffe auf die russischen Kräfte auf der russischen Seite der befestigten Linie eingesetzt werden. Nein, viel wahrscheinlicher ist, dass sie zur Verteidigung eingesetzt werden, wenn die Russen beschliessen, die Linie zu durchbrechen und auf die ukrainische Seite vorzudringen und Städte wie Odessa anzugreifen. Die Streubomben werden gegen die russischen Panzer eingesetzt und in so grossen Mengen verwendet, dass Tausende dieser kleinen Sprengsätze in ländlichen Gebieten unter der Erde verborgen bleiben und von Kindern in den kommenden Jahrzehnten entdeckt werden. Auf dem Schlachtfeld werden die Bilder von Zivilisten, die von ihnen in die Luft gesprengt werden, sowie von Soldaten zweifellos von der Kiewer Propagandaeinheit allgegenwärtig verbreitet werden – dieselbe Einheit, die britischen Journalisten bei ihren anzüglichen Geschichten über russische Bomben hilft, die an den Seiten des Kernkraftwerks Saporischja «gesehen» wurden, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die NATO steckt auf vielen Ebenen in einer Krise. Sie glaubt nicht nur nicht, dass sie die Russen besiegen kann, sondern hat auch ein finanzielles Problem, auf das ihr Generalsekretär kürzlich in einer Pressekonferenz hinwies. Sie hofft, dass mehr ihrer Mitglieder mehr für die Verteidigung ausgeben oder zumindest die Schwelle von 2% des BIP erreichen, aber es scheint, als wüsste Stoltenberg, dass angesichts der Tatsache, dass die Volkswirtschaften der EU völlig pleite sind – die deutsche Zentralbank ist so pleite, dass sie die EZB um ein Rettungspaket bitten muss –, kaum vorstellbar ist, dass die Höhe der militärischen Hilfe wieder so hoch sein wird wie früher. Die Streubombeninitiative ist so verzweifelt und auf so vielen Ebenen so erbärmlich, dass Selensky sehen muss, wo die Zukunft liegt. Das beste Szenario für ihn ist, dass der Konflikt auf unbestimmte Zeit eingefroren wird, was von Analysten als «Freeze» bezeichnet wird, obwohl dies auf russischer Seite unwahrscheinlich erscheint. Aber selbst bei einem Einfrieren bröckelt die Glaubwürdigkeit der NATO, da immer mehr westliche Bürger erkennen, dass die NATO selbst keine Waffen besitzt. Ihre Mitgliedsstaaten, die diese besitzen und trägt sie bei, wenn sie kann. Aber jetzt trocknet diese Versorgungslinie schnell aus, und was wir jetzt in Vilnius mit dem Angebot eines ukrainischen NATO-Rates erleben, ist nur Schall und Rauch. Es ist nur eine weitere Verzögerungstaktik, während Joe Biden sich den Kopf kratzt und seinen nächsten Schritt ausarbeitet, bei dem wahrscheinlich private Auftragnehmer für den Westen kämpfen werden, von denen der US-Präsident nur hoffen kann, dass Russland sie nicht als NATO-Soldaten behandelt. Es gibt Gerüchte, dass in Amerika pensionierte Piloten der Luftwaffe angefragt werden, ob sie in der Ukraine F16 fliegen würden. Wenn Selensky sich gegen den Westen wenden und ein Ultimatum stellen will, wird er wahrscheinlich genau das verlangen. Auch hier werden wieder die Fronten gewechselt. Die einzige Strategie in der Ukraine, die irgendeine Konsistenz hat.

QUELLE: CLUSTER BOMB STRATEGY WILL BE CLUSTER-F*** FOR UKRAINE AND NATO

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-streubombenstrategie-wird-fuer-die-ukraine-und-die-nato-eine-katastrophe-sein/>



Ein Artikel von Rainer Werning; 13. Juli 2023 um 9:00
Titelbild: ZDF

Am 10. Juli 2023 erstattete der Bonner Diplom-Mathematiker Wolf Göhring Strafanzeige gegen den Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier. Der Grund: Der Bundespräsident, so Göhring, habe mutmasslich gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstossen. Im Sommerinterview des ZDF, das am 9. Juli ausgestrahlt wurde, hatte Herr Steinmeier nämlich mit Blick auf die Entscheidung Washingtons, Streumunition an die Ukraine zu liefern, erklärt, man könne «in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen». Nach einer kurzen Vorbemerkung unseres Autors Rainer Werning folgt der vollständige Wortlaut der Strafanzeige Göhrings gegen den Bundespräsidenten.

Vorabnotiz

Der Einsatz von Streumunition, die mittlerweile von weit über einhundert Staaten – darunter auch die Bundesrepublik Deutschland – geächtet ist, führt dazu, dass in grossflächigen Gebieten auf Dauer das Betreten aufgrund explosionsfähiger Rückstände mit hoher Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen verbunden ist. Zuvorderst ist die Zivilbevölkerung mitsamt landwirtschaftlich genutzten Flächen vom Einsatz dieser perfiden Waffe betroffen. Schätzungen der Organisation Handicap International zufolge sind 98 Prozent der von den Auswirkungen von Streubomben betroffenen Menschen Zivilpersonen und darunter 27 Prozent Kinder. Als das bis heute am stärksten betroffene Land gilt Laos, wo die USA auf dem Höhepunkt ihres Aggressionskrieges gegen Vietnam, Kambodscha und Laos Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre einen «geheimen Krieg» führten.

Es verwundert daher nicht, dass ausgerechnet Kambodschas Regierungschef Hun Sen angesichts der eigenen leidhaften Erfahrungen mit Streubomben als erster Staatschef nachdrücklich vor deren Einsatz in der Ukraine warnte:

«Aus Mitgefühl mit dem ukrainischen Volk rufe ich den US-Präsidenten als Lieferanten und den ukrainischen Präsidenten (Wolodymyr Selensky) als den Empfänger auf, Streubomben in dem Krieg nicht zu verwenden, weil die wahren Opfer die Ukrainer sein werden.»

Zu den Nichtunterzeichnern des sogenannten Oslo-Übereinkommens zur Ächtung von Streumunition (2008) zählen u.a. die USA, die Ukraine und Russland. Letzteres beziehungsweise die frühere Sowjetunion setzte ebenfalls Streumunition während der beiden Tschetschenienkriege (1994–96 und 1999–2009) sowie im Zuge der Afghanistaninvasion (1979–89) ein. Und laut Human Rights Watch sollen sowohl Russland als auch die Ukraine im laufenden Krieg in unterschiedlichem Ausmass bereits selbst Streumunition eingesetzt haben. (Cluster Munition Use in Russia-Ukraine War | Human Rights Watch (hrw.org) & Ukraine: Zivile Todesopfer durch Streumunition | Human Rights Watch (hrw.org))

Die nunmehrige Entscheidung von US-Präsident Joe Biden, Streumunition (worunter sich seit den Tagen des Vietnamkrieges, der in Vietnam selbst der «Amerikanische Krieg» genannt wird, auch sogenannte «daisy

cutters» – «Gänseblümchenschneider» – mit verheerender Wirkung befinden) an die Ukraine zu liefern, kommentiert beispielsweise der US-amerikanische Historiker und Publizist Daniel Larison wie folgt:

«Mit dieser Entscheidung setzen sich die USA auch dem Vorwurf der Heuchelei aus. US-Beamte haben den russischen Einsatz dieser Waffen verurteilt und hervorgehoben, dass diese auf dem Schlachtfeld nichts zu suchen haben. Jetzt aber erklärt die Regierung, dass sie dort sehr wohl etwas zu suchen haben. Die Lieferung von Streumunition an die Ukraine macht die früheren Erklärungen der Regierung zum Gespött und schafft weitere politische Probleme für ihre Bemühungen, Unterstützung für die Ukraine zu gewinnen. Viele Staaten in Lateinamerika, Afrika und Asien sind dem Vertrag über das Verbot des Einsatzes, der Weitergabe und der Lagerung von Streumunition beigetreten. Nun haben sie einen Grund mehr, die Appelle der USA zur Verteidigung der «regelbasierten Ordnung» als heiße Luft abzutun. Die Entscheidung wird wahrscheinlich einige unserer Verbündeten in Europa in Verlegenheit bringen und verärgern, da die meisten NATO-Mitglieder dem Vertrag ebenfalls beigetreten sind.» («Biden's Cluster Munitions Blunder» – siehe dazu auch folgende Texte: «Steinmeier war schon vor den Streubomben der Präsident der doppelten Standards» & «Steinmeier zur Streumunition: Was interessiert ihn seine Moral von gestern?» sowie «Streubomben für die Ukraine missachten humanitäres Völkerrecht»)

Schon einmal in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik wurde ein offensichtlich «unbedachtes Wort» dem obersten Staatsrepräsentanten zum Verhängnis. Erinnerung sei an ein Interview, das Herr Dr. Horst Köhler dem Deutschlandradio Kultur am 22. Mai 2010 gab, als sich der Bundespräsident auf dem Rückflug nach einer Afghanistanvisite befand. Wörtlich äusserte sich Herr Köhler damals wie folgt:

«Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Weg sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Grösse mit dieser Aussenhandelsorientierung und damit auch Aussenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden, und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.»

Die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan wurde lange Zeit als «Polizeiaktion», «Einsatz» u.ä. schöngeredet, wenngleich es sich am Hindukusch um einen Krieg handelte, wie wir spätestens seit nunmehr zwei Jahren wissen. Versprochen wurde der Öffentlichkeit eine schonungslose Aufklärung dieses letztlich gigantischen Fiaskos unter dem Oberkommando der USA, was allerdings bis dato aussteht! Köhlers ungeschminkte Worte wurden ihm rasch zum Verhängnis. Unzeremoniell trat er von der politischen Bühne ab, wenngleich heute mit Blick auf die sogenannte Region Indo-Pazifik kein Hehl daraus gemacht wird, dass auch dort die Bundesrepublik mitsamt ihren «westlichen Verbündeten» knallhart für wirtschaftliche Interessen und «freie Schifffahrtrechte» Flagge (und Flotten) zeigt.

Unabhängig davon, welche Konsequenzen die von Wolf Göhring erstattete Strafanzeige gegen den Bundespräsidenten hat, stellt sich alerten Zeitgenossen im Zeichen einer vielbeschworenen «Zeitenwende» die besorgte Frage, welche Verzweigungsprozesse sich da in puncto bundesrepublikanischer Aussenpolitik und Diplomatie noch entfalten, um «Russland zu ruinieren». Der Bundespräsident, der pikanterweise das inkriminierte Gesetz zur Ächtung von Streumunition selbst unterzeichnete und es «als Meilenstein der konventionellen Rüstungskontrolle» bezeichnet hatte, ist mit seiner Haltung vis-à-vis Washington den USA jedenfalls mehr um den Hals als in «den Arm gefallen».

Rainer Werning

Anhang: Die Strafanzeige von Herrn Göhring im Wortlaut

An die

Staatsanwaltschaft Bonn

Strafanzeige gegen den Bundespräsidenten Dr. Frank Walter Steinmeier

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen den Bundespräsidenten Dr. Frank Walter Steinmeier wegen eines vermuteten Verstosses gegen § 20a (Strafvorschriften gegen Antipersonenminen und Streumunition), Abs. 1, Nummer 3 in Verbindung mit Nummer 1 Kriegswaffenkontrollgesetz.

Hiernach gilt:

«(1) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer

- 1. entgegen § 18a Antipersonenminen oder Streumunition einsetzt, entwickelt, herstellt, mit ihnen Handel treibt, von einem anderen erwirbt oder einem anderen überlässt, einführt, ausführt, durch das Bundesgebiet durchführt oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet verbringt oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie ausübt, insbesondere sie transportiert, lagert oder zurückbehält,**
- 2. einen anderen zu einer in Nummer 1 bezeichneten Handlung verleitet oder**
- 3. eine in Nummer 1 bezeichnete Handlung fördert.»**

Dr. Steinmeier hat im breit veröffentlichten «Sommerinterview des ZDF» am 9. Juli 2023 im Hinblick auf die US-Entscheidung, Streumunition an die Ukraine zu liefern, erklärt, man könne «in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen». Mit dieser Bemerkung hat er meiner Meinung nach die «Durchführung von Streumunition durch das Bundesgebiet», nämlich den Transport von US-Streumunition gefördert. Mit seiner Bemerkung werden aus meiner Sicht Amtsträger beim Zoll, bei der Polizei und im Rechtswesen, die für die Einhaltung der Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes aus § 18a und § 20a zu sorgen haben, dazu aufgerufen, die USA ungehindert gewähren zu lassen, also auch nicht nachzufragen und wegzuschauen, wenn sie illegal Streumunition für die Ukraine durch das Bundesgebiet (nach Polen und dann zur Ukraine) transportieren oder transportieren wollen.

Dieser Transportweg ist keine blosse Mutmassung. Deutschland hat in mehreren Manövern, z.B. bei Defender 2020 und zuletzt in besonderem Masse bei Defender 2023 gezeigt, dass es in jeder Hinsicht als Transitland für Waffentransporte geeignet ist. Es sind zahlreiche weitere europäische Staaten der Konvention gegen Streumunition beigetreten. Mit den Unterzeichnerstaaten Dänemark, Schweden und Norwegen dürfte die Passage zur Ostsee (und somit nach Polen) rechtlich verwehrt sein, ebenso der Überflug. Im Süden grenzt nur Rumänien als Nicht-Unterzeichnerstaat an die Ukraine. Bulgarien und Ungarn haben unterzeichnet. Ein Schiffstransport von Streumunition durch den Bosphorus dürfte wegen des Vertrags von Montreux verwehrt sein. Ob die Türkei Überflugrechte zum Lufttransport nach Rumänien gewähren würde, dürfte mehr als fraglich sein, auch wenn sie die Konvention nicht unterzeichnet hat.

Es ist daher für die USA von grösstem Interesse, die der Ukraine zugesagte Streumunition baldmöglich, unhinterfragt und ohne rechtliche Hindernisse durch das deutsche Bundesgebiet nach Polen und von dort zur Ukraine transportieren zu können.

Dr. Steinmeiers Bemerkung muss als öffentliche Mahnung angesehen werden, den USA entgegen dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz keine rechtlichen Hindernisse für den Transport von Streumunition durch das Bundesgebiet in den Weg zu legen. Dies auch im Gegensatz zu Artikel II Absatz 1 des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut), welcher die Entsendestaaten verpflichtet, das Recht des Aufnahmestaates, also das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz zu achten.

Dr. Steinmeier ist rechtlich zu gut beschlagen und beraten, als dass ich seine Bemerkung als fahrlässigen Ausrutscher werten könnte, sondern ich muss sie als bewusst vorgebracht ansehen, um den Transport von US-Streumunition durch das Bundesgebiet zu fördern, zumal Dr. Steinmeier auch bemerkte, dass die Ukraine diese Waffen benötige.

Gemäss Artikel 59 Grundgesetz vertritt der Bundespräsident «den Bund völkerrechtlich», d.h. er ist unter anderem vollständig an die für den Bund geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen gebunden. Dazu gehört auch das Abkommen zur Ächtung von Streumunition, das vom Bundestag als «Gesetz zu dem Übereinkommen vom 30. Mai 2008 über Streumunition» beschlossen wurde (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2009, Teil II, Nr. 17) und die Ratifikation des Abkommens durch die Bundesrepublik Deutschland abschloss. Die Ratifikationsurkunde ist (neben denen weiterer 110 Staaten) gemäss Abkommen bei den Vereinten Nationen hinterlegt als Ausweis gegenüber diesen Nationen und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen dafür, dass Deutschland als Rechtsstaat im Innern die Regeln dieses Abkommens zum Humanitären Völkerrecht ohne Wenn und Aber umsetzen wird, wie es in der Gesetzesverkündung vom 6. Juni 2009 vorgesehen ist. Ein Vorbehalt, dass man gegebenenfalls den USA «nicht in den Arm fallen» dürfe, ist darin nicht niedergeschrieben. Dr. Steinmeiers Äusserung ist meiner Meinung nach auch unter diesem Gesichtspunkt ein Verstoss gegen § 20a, Abs (1), Nummer 3 in Verbindung mit Nummer 1 Kriegswaffenkontrollgesetz.

Ich bitte Sie daher, im Sinne dieser Strafanzeige zu ermitteln. Sollten Sie nicht zuständig sein, so bitte ich Sie, die Anzeige an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Ich bitte Sie, mir den Eingang zu bestätigen und mir das Aktenzeichen mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüssen

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=100909>

Richtung Abgrund – Bundesregierung unterschätzt Abwärtsdynamik

13 Juli 2023 07:30 Uhr

Die Bundesregierung hofft auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und sieht für das kommende Jahr Licht am Horizont. Dass es dazu keinen rationalen Anlass gibt, weist der Blog «Relevante Ökonomik» in einem aktuellen Beitrag nach. Alle Indikatoren wiesen nach unten.

Die deutsche Wirtschaft stürzt ab und die Politik schaut in der Annahme, der Markt werde das früher oder später von selbst regeln, tatenlos zu. Zu diesem Ergebnis kommen die Ökonomen Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker in einem aktuellen Beitrag auf dem Blog Relevante Ökonomik.

Im Beitrag warnen die renommierten Ökonomen vor den Folgen, sollte die Politik weiter bei der Haltung bleiben, ein umfängliches wirtschaftspolitisches Gegensteuern gegen den Abwärtstrend sei unnötig. Gleich zu Beginn ihres Beitrags bescheinigen die Autoren der deutschen Politik Unfähigkeit.

Die Bundesregierung übersehe, dass die aktuelle Situation der deutschen Wirtschaft auf einen weiteren Einbruch hindeutet. Das einzelwirtschaftliche Denken der Wirtschaftsakteure wirke auf diese Tendenz noch verstärkend. Der Staat müsse korrigierend eingreifen.

«Bewegt sich die Wirtschaft erst einmal in die eine oder die andere Richtung, führt das einzelwirtschaftlich ausgerichtete Verhalten der privaten Wirtschaftsakteure dazu, diese Richtung zu verstärken – egal ob es aufwärts oder abwärts geht. Um eine Abwärtsbewegung abzuwenden oder gar umzukehren, braucht man daher immer eine Wirtschaftspolitik, die über starke Instrumente zum Bremsen der Abfahrt und zur Richtungsumkehr verfügt. Wenn die Wirtschaft etwa aus Gründen, die von aussen auf sie einwirken (Stichwort Ukraine-Krieg und Energiekrise), Richtung Abgrund fährt, bedarf es besonderer Aufmerksamkeit und schliesslich auch Mut, die Dinge beim Namen zu nennen und entsprechend zu handeln.»

Doch statt gegenzusteuern, hofft die Bundesregierung auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Sie redet sich im Gegenteil die Zahlen schön und legitimiert damit ihre Untätigkeit. Die Zahlen belegen die desaströse Situation. Auftragseingänge in der Industrie und dem produzierenden Gewerbe sind im Sinkflug, die Aufträge im Baugewerbe ebenfalls. In der Folge steigt die Arbeitslosigkeit. Dass die Zentralbanken in dieser Situation vor der Entstehung einer Lohn-Preis-Spirale warnen und für Zinserhöhungen plädieren, ist nach Auffassung der beiden Autoren ein grober Fehler, der die Konjunktur weiter abwürgen wird.

Der Beitrag schliesst mit der Aussicht:

«Wird die Entwicklung von Löhnen und Beschäftigung in Deutschland, wie zu befürchten steht, überschätzt, ist mit einer ausreichenden Stützung des Systems durch den privaten Verbrauch nicht zu rechnen. Hängen sich europäische Geld- und deutsche Fiskalpolitik obendrein wie Mühlsteine um den Hals der deutschen Konjunktur, steht die «ökonomische» Rezession, die das Bundeswirtschaftsministerium nicht erkennen will, unmittelbar bevor.»

Alle Indikatoren deuten für Deutschland nach unten und die Untätigkeit der Politik droht die Rezession zu verlängern.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/wirtschaft/175090-richtung-abgrund-bundesregierung-unterschaetzt-abwaerts-dynamik/>

Selensky mutterseelenallein – das Netz lacht über seinen Vilnius-Besuch

13 Juli 2023, 8:53 Uhr

Selensky könnte bald aus der Mode sein. Das legen einige Schnappschüsse von seinem letzten Besuch in Vilnius nahe. Gepaart mit mehr als bescheidenen Ergebnissen des NATO-Gipfels für die Ukraine sind die Fotos ein deutliches Zeichen.

Von Wladislaw Sankin

Noch vor Kurzem war Kiew eine Art Pilgerstätte für zahlreiche Politiker, die es für ihre Karrieren förderlich sahen, der politischen Popikone des Westens, Wladimir Selensky, unbedingt einen Besuch abzustatten. Selenskys Schaltungen in Big Brother Grösse auf Hunderten Konferenzen, Parlamentssitzungen und Fernsehveranstaltungen ist zu einer politischen Begleitmusik der Jahre 2022–2023 geworden. Der mutige Anführer einer kämpfenden Nation, der edle David gegen den bösen Goliath.

Aber nichts ist von Dauer auf dieser Welt. Die Ukraine-Müdigkeit müsste irgendwann auch bei den eifrigsten Unterstützern einkehren. In vielen Ländern ist die Person des ehemaligen Comedy-Stars bei der Bevölkerung inzwischen umstritten. Und in solchen Ländern wie Ungarn oder Argentinien genoss Selensky von Anfang an gar kein Vertrauen.

Es war klar, dass die NATO den frechen Chuzpe-Diplomaten im ewig kakifarbenen Hemd irgendwann doch abblitzen lassen musste. Seine Schimpftirade, die NATO-Erklärung über den (Nicht)Beitritt der Ukraine sei «absurd» hat ihre Empfänger in Vilnius erreicht. Bei dem feierlichen Empfang am Abend des ersten Gipfeltages, als fein gekleidete Gäste – Minister und Staatshäupter der NATO-Länder, die Gleichen unter Gleichen, mit ihren Gatten und Gattinnen sich informell austauschten, stand Selensky plötzlich ganz allein da.



Mehrere Schnappschüsse von ein und derselben Szene zeigten ihn mit einem verlorenen Gesichtsausdruck, während seine Gattin Elena mit einer Bekannten, vermutlich der Gattin eines Ministers sprach. Macron, Rütte, Michel – alles Menschen, die Selensky bei den Treffen normalerweise sofort umarmen, nahmen nun von seiner Anwesenheit keine Notiz.



Womöglich hat die Einsamkeit Selenskys nur ganz kurz gedauert und jemand leistete dem ukrainischen Staatschef dann doch Gesellschaft. Aber die Bilder sind nun mal da und haben im Netz in Form von Memes ein eigenes Leben entwickelt.

Das wohl populärste zeigt ihn als Reinigungskraft. Russische Kommentatoren brachten die Misere Selenskys mit der gescheiterten Offensive in Richtung Saporoschje in Verbindung. «Ich möchte auf das hinweisen, was Selensky mitgebracht hat. Die ukrainischen Streitkräfte haben nicht einmal Rabotino betreten. Von Tokmak und Melitopol ganz zu schweigen. Und ja, in seinem Outfit sieht er vor dem Hintergrund der übrigen Teilnehmer wie ein paramilitärischer Gopnik (abschätzbare Bezeichnung für einen Halbkriminellen – Anm. der Red.) aus, der zufällig bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung vorbeischaute», schrieb der politische Analyst Roman Romanow.

Die Internet-Witzbolde haben auch die besondere «Freundschaft» zwischen Selensky und Macron nicht vergessen.



Am nächsten Tag durfte Selensky bei der ersten Sitzung des Ukraine-NATO-Rates dabei sein und mit Stoltenberg, Scholz, Biden, Rütte und den anderen ein paar Floskeln vor den Kameras austauschen und an einem Fototermin teilnehmen. Er wirkte dabei alles andere als souverän und lieferte sogar während seiner Presse-Konferenz einen verbalen Schlagabtausch mit dem britischen Verteidigungsminister Ben Wallace. «Ich verstehe die Frage nicht. Wir waren immer dankbar und sind es immer noch», kommentierte Selensky den zuvor geäußerten Rat des britischen Verteidigungsministers, sich öfter bei den westlichen Partnern für die militärische Unterstützung zu bedanken.

«Ich wüsste nur nicht, wie wir sonst dankbar sein sollten. Wir können am Morgen aufwachen und dem Minister danken. Soll er mir doch schreiben, wie wir ihm danken sollen, und ich werde ihm auf diese Weise danken», fuhr der ukrainische Präsident etwas barsch fort.

Natürlich wird der Westen die Ukraine auch weiterhin unterstützen, mit den Worten des deutschen Bundeskanzlers «so lange, wie sie die Hilfe braucht». Aber der Funke in der Beziehung ist erloschen und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in den deutschen Medien immer mehr Kritisches über Selensky gemeldet wird.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/europa/175123-selenskij-mutterseelenallein-netz-lacht-ueber-lacht-ueber-seinen-vilnius-besuch/>

Die Politisierung des Bankwesens und das Ende der Freiheit

T.H.G., Juli 13, 2023



Shutterstock

Einem wichtigen Anführer der Brexit-Bewegung, Nigel Farage, wurden gerade seine jahrzehntealten Bankkonten geschlossen, angeblich aus «kommerziellen» Gründen, während sieben weitere Banken sich offenbar weigern, ihn als Kunden zu haben.

Solange wir keine unabhängigen Beweise dafür haben, was wirklich mit Farages Konten vor sich geht, können wir nicht definitiv ausschliessen, dass die Bank seine Konten aus legitimen kommerziellen Gründen geschlossen hat. Aber selbst wenn diese spezielle Kontosperrung nichts mit politischen Vorurteilen zu tun hat, lässt sich nicht leugnen, dass es in den letzten Jahren mehr als einen Einzelfall gegeben hat, in dem Bankdienstleistungen Kunden aus politischen oder ideologischen Gründen benachteiligt haben.



In Kanada beispielsweise wurden die Banken von der Trudeau-Regierung angewiesen, die Konten von Demonstranten, die sich gegen Vax-Mandate aussprechen, einzufrieren. In den Vereinigten Staaten hat PayPal kurzzeitig eine Politik eingeführt, die es erlaubt, die Konten von Kunden zu schliessen, die sich der «Fehl-information» schuldig gemacht haben. Zu den Opfern dieser neuen Politik gehörte Toby Young, der Gründer der Free Speech Union, dem im Jahr 2022 drei seiner PayPal-Konten plötzlich gesperrt wurden. Ein kirchlicher Geistlicher berichtete kürzlich auf GB News, dass sein Bankkonto gesperrt wurde, weil er sich gegen die von seiner Bank propagierte Transgender-Ideologie ausgesprochen hatte.

Diese besorgniserregenden Präzedenzfälle deuten darauf hin, dass einige Anbieter kommerzieller Dienstleistungen wie Kreditkarten und Kredite es offenbar für ihre Aufgabe halten, dafür zu sorgen, dass ihre Kunden die «richtige» Meinung zur Transgender-Ideologie, zur Politik der Impfvorschriften und zu Gott weiss was noch haben.

Ihre Rolle als bloße Anbieter kommerzieller Dienstleistungen scheint ihnen nicht zu genügen: Sie haben das Bedürfnis, ihre Dienste Personen vorzuenthalten, die politische oder wissenschaftliche Meinungen vertreten, die sie nicht gutheissen. Vielleicht glauben sie, die Gesellschaft von solchen Meinungen säubern zu müssen, oder sie sind der Meinung, dass Menschen mit solchen Ansichten ihrer Dienste einfach nicht würdig sind.

Natürlich könnte man sagen: «Wenn Ihnen Ihre Bank nicht gefällt, suchen Sie sich eine andere.» Und wenn es sich nur um eine einzige eigenwillige Bank handeln würde, die beschliesst, Kunden aus politischen oder ideologischen Gründen anzusprechen, hätten Sie Recht: In diesem Fall wäre es vielleicht keine so grosse

Sache, denn Sie könnten einfach zu einer anderen Bank gehen und die ganze traurige Episode hinter sich lassen.

Aber wenn die Talibanisierung des Bankwesens zu einer gesamtgesellschaftlichen Tendenz wird oder die beteiligten Banken so gross sind, dass sie einen grossen Einfluss auf globale Zahlungssysteme (z. B. PayPal) ausüben, von denen der Lebensunterhalt der Kunden abhängt, dann kann es durchaus sein, dass ein Kunde mit der «falschen» politischen Meinung entweder einen grossen geschäftlichen Rückschlag hinnehmen muss (z. B. den Verlust aller seiner PayPal-Kunden über Nacht) oder in ein anderes Land ins Exil getrieben wird, wo das Leben erträglicher ist.

Stellen Sie sich eine Gesellschaft vor, in der ausgesprochene Konservative, Brexiteers, Libertäre oder Sozialisten systematisch von Bankdienstleistungen ausgeschlossen werden: Wer offen von den politischen Ansichten des Bankenestablishments abweicht, wäre dazu verdammt, als wirtschaftlicher Paria zu leben: Keine Hypothek, keine Kreditkarte und keine Möglichkeit, ein normales Geschäft zu betreiben. Die Bürger würden ihr Recht, zu kaufen und zu verkaufen oder auf normale Weise an der Marktwirtschaft teilzunehmen, einbüßen, nur weil sie eine Meinung vertraten, die vom Bankenestablishment missbilligt wurde.

Die Banken würden dann zu Instrumenten der politischen Verfolgung und des totalitären Gruppendenkens, anstatt zu Institutionen, die sich der Bereitstellung von Bankdienstleistungen für die Allgemeinheit widmen. Der Preis für politische Meinungsverschiedenheiten würde für viele Bürger viel zu hoch werden. Der öffentliche Raum würde schnell zu einer Echokammer der vom Bankenestablishment gebilligten Meinungen degenerieren.

Da Banker keine unfehlbaren Götter sind, können die von ihnen gebilligten Meinungen richtig, falsch oder schlichtweg verrückt sein. Ohnehin, in einem talibanisierten Bankensystem würden solche Meinungen kaum auf Widerstand stossen. Schliesslich würden sich die meisten Bürger für das wirtschaftliche Überleben entscheiden, wenn sie gezwungen wären, zwischen der Äusserung abweichender Meinungen und dem wirtschaftlichen Überleben zu wählen. Und viele, die es nicht ertragen können, ihre politische Stimme zu verlieren, würden wahrscheinlich in ein Land auswandern, in dem die Banken ihre Dienstleistungen für die Bürger ohne Rücksicht auf deren politische Meinung erbringen und eine Bürgerschaft zurücklassen, die wie Kitt in den Händen ihrer Bankherren ist.

QUELLE: THE POLITICIZATION OF BANKING AND THE END FREEDOM OF

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-politisierung-des-bankwesens-und-das-ende-der-freiheit/>

Viktor Orbán hilft, den Dritten Weltkrieg in Vilnius zu verhindern: «Wir sollten der Ukraine Frieden statt Waffen bringen!»

uncut-news.ch, Juli 13, 2023

Während Joe Biden auf dem NATO-Gipfel in Vilnius die Klappe hielt, trug der ungarische Premierminister Viktor Orbán dazu bei, den NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine würde das Verteidigungsbündnis in einen Krieg mit Russland führen und möglicherweise den Dritten Weltkrieg auslösen. Während Ungarn der einzige Mitgliedstaat war, der sich öffentlich gegen die Aufnahme des korruptesten Landes Europas in die NATO aussprach, rieten viele andere «hinter verschlossenen Türen zur Vorsicht», so der ungarische Aussenminister Péter Szijjártó.



European People's Party



«Anstatt Waffen in die Ukraine zu bringen, sollten wir Frieden bringen», sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán. «Ungarn steht fest auf der Seite des Friedens. Statt Krieg sollten so schnell wie möglich Friedensverhandlungen beginnen.»

Orbán verwies auf seine Verantwortung für die in der Ukraine lebende ungarische Minderheit: «Da der Krieg in unserer Nachbarschaft stattfindet und Zehntausende von Ungarn in unmittelbarer Gefahr sind, weil in Transkarpatien (in der Ukraine) Ungarn leben, besteht Ungarn darauf, dass die NATO ihre bisherige Position nicht ändert: Die NATO ist ein militärisches Verteidigungsbündnis. Sie wurde gegründet, um ihre Mitgliedsstaaten zu schützen und nicht, um Militäraktionen auf dem Territorium anderer Länder durchzuführen», sagte Orbán.

FM Szijjártó: Die Ukraine hat auf dem Gipfel weder eine Einladung noch einen Zeitplan für den NATO- Beitritt erhalten, um eine Eskalation des Krieges zu vermeiden. Es wurde eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen, den Beitritt der Ukraine zu verhindern, während sie sich im Krieg befindet. Er betonte die Bedeutung der Erfüllung der Bedingungen und der politischen Reformen, einschliesslich der Achtung der Minderheitenrechte. Die Staats- und Regierungschefs der NATO erörterten auch die Stärkung der Zusammenarbeit mit den Partnern im pazifischen Raum und betonten, dass die NATO nicht chinafeindlich sei. Ungarn erfüllte das Ziel der NATO-Verteidigungsausgaben und betonte die umfassende wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau der Verteidigungsindustrie.



«Zu Beginn der Verhandlungen deckt sich die ungarische Position vollständig mit der Position der NATO, da die NATO keine Truppen entsendet, keine Waffen schickt und keine Kampfeinheiten ausbildet, sondern versucht, die Verteidigungskapazitäten ihrer eigenen Mitgliedsstaaten zu stärken. Dies ist notwendig und richtig, und Ungarn wird dies unterstützen.»

Der ungarische Aussenminister Péter Szijjártó warnte, dass es «ein Lager gibt, das mit Nachdruck für einen NATO-Beitritt der Ukraine wirbt und das Bündnis in einen direkten Krieg mit der Russischen Föderation hineinzieht. «Diejenigen, die verantwortungsbewusst denken und zur Vorsicht raten, lehnen diese Agenda ab», sagte Szijjártó.

Er wies darauf hin, dass Ungarn das einzige Land gewesen sei, das offen zur Vorsicht aufgerufen habe, «während andere hinter verschlossenen Türen zur Vorsicht rieten ... und es wurde deutlich, dass die Zahl derer, die verantwortungsbewusst denken, grösser ist, als es den Anschein hat», so Szijjártó.

«Es ist offensichtlich, dass die NATO-Integration eines Landes, das sich im Krieg befindet, nicht infrage kommt. Das würde eine unmittelbare Kriegsdrohung für das gesamte Bündnis bedeuten», so Szijjártó.

Die Kriegstreiber im Biden-Regime haben die Ukraine auf den Weg des Krieges mit Russland geführt, seit Antony Blinkens «US-Ukraine-Charta zur strategischen Partnerschaft» im November 2021 die Voraussetzungen für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine geschaffen hat.

Senator Lindsey Graham besuchte Kiew im Mai und nannte das «Sterben von Russen» angeblich das «beste Geld, das wir je ausgegeben haben».

Diese scheinbare Ermutigung hat die Ukraine dazu veranlasst, Tausende junger Männer zum Sterben in russische Minenfelder zu schicken, in einer gescheiterten «Frühjahrsoffensive», die mindestens 15'000 ukrainische Menschenleben gekostet hat, wie Gateway Pundit aus westlichen Geheimdienstquellen erfahren hat. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu beziffert die ukrainischen Verluste auf 26'000, berichtet TASS. «Die Verluste des Gegners seit dem 4. Juni belaufen sich auf über 26'000 Soldaten und 3000 verschiedene Waffenteile», sagte Schoigu.

Um die russischen Minenfelder und Verteidigungsstellungen zu räumen, erwägen die USA nun, verbotene Streumunition in die Ukraine zu schicken, was einen klaren Verstoss gegen das Völkerrecht darstellt.

Jetzt ist klar, dass die Regierung Biden die Ukrainer im Regen stehen lassen wird, was eine wütende Reaktion des Schauspielers und Präsidenten Wolodymyr Selensky zur Folge hatte: «Die Ukraine verdient Respekt», und er nannte es «beispiellos und absurd», dass kein Zeitrahmen für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine festgelegt wurde. «Es scheint, dass man weder bereit ist, die Ukraine in die NATO einzuladen, noch sie zu einem Mitglied des Bündnisses zu machen», wettete Selensky.

Die Mitglieder der US-Delegation waren «wütend», nachdem sie von der Botschaft des ukrainischen Führers erfahren hatten, berichtete die «Washington Post» unter Berufung auf einen ungenannten Beamten, der mit der Angelegenheit vertraut ist: Selenskys «Verunglimpfung des Bündnisses stand in krassem Gegensatz zu dem Bild westlicher Harmonie, das [US-Präsident Joe] Biden und seine Berater vermittelt hatten», so die WaPo.

QUELLE: VIKTOR ORBÁN HELPS PREVENT WW III IN VILNIUS: "WE SHOULD BRING PEACE INSTEAD OF WEAPONS TO UKRAINE"

Quelle: <https://uncutnews.ch/viktor-orban-hilft-den-dritten-weltkrieg-in-vilnius-zu-verhindern-wir-sollten-der-ukraine-frieden-statt-waffen-bringen/>

Liveticker Ukraine-Krieg – Lawrow: F-16 für Kiew bedeuten direkte nukleare Bedrohung

13 Juli 2023, 8:00 Uhr

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen gegen Russland. Lesen Sie hier die neuesten Entwicklungen.

13.7.2023, 10:13 Uhr

FSB nimmt LGBT-Aktivisten fest, weil er Gelder für das ukrainische Militär überwiesen haben soll

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat einen Aktivist der LGBT-Bewegung festgenommen, der als Freiwilliger für das Medienprojekt OWD-Info tätig war. Die Person soll die ukrainischen Streitkräfte finanziell unterstützt haben, berichtet die Nachrichtenagentur TASS unter Verweis auf eine Mitteilung des Pressedienstes der Behörde. Die tatverdächtige Person habe zuvor ihr Geschlecht von einer Frau zu einem Mann ändern lassen.

Weiter heisst es, der Mann, der das Projekt mit antirussischen Inhalten betreut habe, habe eine bargeldlose Überweisung auf das Konto eines ukrainischen Finanzinstituts vorgenommen, um dem ukrainischen Militär zu helfen.

Der FSB hat ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet, sodass dem Mann eine Strafe bis zu lebenslanger Haft droht. Die Ermittlungen dauern an.

9:47 Uhr

Russischer Schützenpanzer BMP-3 wehrt im Alleingang ukrainischen Angriff ab

Soldaten einer Feuerdeckungsgruppe des russischen Zentralen Militärbezirks haben mit nur einem BMP-3-Schützenpanzer einen Angriff ukrainischer Truppen auf mehreren Fahrzeugen am Frontabschnitt Charkow-Swatowo Höhe Krasny Liman vereitelt. Dies teilt das russische Verteidigungsministerium gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS mit. Ein Video zeigt den Einsatz des breiten Arsenal des Fahrzeugs. Das Ministerium betont ihn ebenfalls:

«Die Besatzung des Schützenpanzers BMP-3, die im Wartebereich in Bereitschaft war, erhielt einen Kampfauftrag, um die Aktionen einer Sturmereinheit zu decken. An der Kontaktlinie angekommen, orientierten sich die Soldaten schnell im Gelände und setzten gleich mit dem ersten Schuss aus der 100-Millimeter-Kanone ein leicht gepanzertes Fahrzeug der ukrainischen Streitkräfte ausser Gefecht, wofür sie ein Lenkgeschoss verwendeten. Dann trafen sie mit der coaxialen Maschinenkanone Personal und Fahrzeuge des Gegners, der gerade selber beim Versuch begriffen war, in die Offensive zu gehen.»

Die Soldaten der Besatzung des BMP-3, die sich besonders hervorgetan haben, wurden für ihre Tapferkeit mit staatlichen Auszeichnungen geehrt.

9:01 Uhr

Landesweiter Luftalarm in der Ukraine – Explosionen im Gebiet Chmelnyzki

Im Gebiet Chmelnyzki in der Ukraine hat es in der Nacht auf Donnerstag mehrere Explosionen gegeben. Die regionale Militärverwaltung bringt diese implizit mit einem etwaigen Luft- oder Lenkflugkörperangriff in Verbindung. Eine entsprechende Nachricht auf dem Telegram-Kanal der Verwaltung lautet:

«Im Gebiet gilt Luftalarm. Explosionsgeräusche sind zu hören.»

Weitere Details bleiben noch aus.

Eine vom pro-ukrainischen Nachrichtenkanal Trucha veröffentlichte Videoaufnahme soll eine solche Explosion zeigen – allerdings vollständig abgedunkelt.

Spätestens ab 23 Uhr am 12. Juli bis halb zwei Uhr nachts am 13. Juli dröhnten in der gesamten Ukraine mit Ausnahme der Gebiete Odessa und Charkow die Luftalarmsirenen, was zumindest aus Meldungen auf einschlägigen ukrainischen Kanälen hervorgeht.

8:38 Uhr

US-Präsidentschaftskandidat Kennedy: Kiews NATO-Mitgliedschaft bedeutet dauerhaften Krieg



Robert Kennedy Jr., Neffe des ehemaligen US-Präsidenten John Fitzgerald Kennedy und aktuell selbst Präsidentschaftskandidat, spricht sich gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aus. Dies schreibt er auf seiner Internet-Präsenz beim sozialen Netzwerk Twitter:

«Zumal eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland gänzlich unannehmbar ist, bedeutet dies im Grunde einen fortlaufenden Krieg.»

Kennedys Wahlkampfstab gab gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti am 13. Juli 2023 nochmals eine offizielle Stellungnahme im Namen des Politikers ab:

«Herr Kennedy tritt gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO auf. Das wäre eine unnötige Provokation und ein Weg zu einem unmittelbaren Krieg gegen Russland, einschliesslich eines möglichen nuklearen Konflikts.»

Vielmehr sei notwendig, jetzt sofort an Wegen zu einer Deeskalation des in der Ukraine ausgetragenen Konflikts zu arbeiten, mit dem Ziel, einen Frieden zu verhandeln, der die Sicherheit, Souveränität und Rechte beider Seiten wahren würde.

8:02 Uhr

Lawrow: F-16 für Kiew bedeuten für Russland direkte nukleare Bedrohung durch den Westen

Die USA und die NATO sind dabei, die Gefahr eines unmittelbaren bewaffneten Zusammenstosses mit Russland zu steigern und nehmen dabei das Risiko in Kauf, Russland zum Atomwaffeneinsatz zu provozieren. Hierauf machte Russlands Aussenminister Sergei Lawrow beim Interview an Lenta.ru aufmerksam, das am 13. Juli 2023 veröffentlicht wurde:

«Nur ein Beispiel für eine äusserst gefährliche Entwicklung sind die Pläne der USA, F-16-Kampffjets an das Kiewer Regime zu liefern. Wir haben die Atommächte USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich darüber informiert, dass Russland die Fähigkeit dieser Flugzeuge, Atomwaffen zu tragen, nicht ignorieren kann. Da helfen keine noch so grossen Zusicherungen.

Im Verlauf von Kampfeinsätzen wird unser Militär nicht erst nachprüfen, ob jedes einzelne Flugzeug dieses Typs für den Einsatz von Atomwaffen ausgerüstet ist oder nicht. Allein die Tatsache, dass die ukrainischen Streitkräfte über solche Systeme verfügen, wird von uns als Bedrohung durch den Westen im nuklearen Bereich angesehen werden.»

7:21 Uhr

Aussenminister Lawrow: Russlands Standpunkt zur Lösung der Ukraine-Krise ist unverändert

In einem Interview mit der Tageszeitung lenta.ru sagte der russische Aussenminister, Russland werde an seinem Standpunkt zur Lösung der Ukraine-Krise beibehalten. Der Politiker wörtlich:

«Unsere Position hat sich nicht dramatisch verändert. Wir sind offen für den Dialog, aber wir werden uns von unseren legitimen Interessen leiten lassen und Ansätze für eine mögliche Lösung mit der Lage vor Ort abwägen.»

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Komikerin mit ukrainisch-jüdischen Wurzeln konfrontiert MSM mit der harten Wahrheit über die Ukraine

uncut-news.ch, Juli 13, 2023, YouTube



Die Komikerin Roseanne Barr war diese Woche zu Gast bei Piers Morgan Uncensored, um über die Abbruchkultur, die Transgender-Bewegung und die Ukraine zu sprechen.

Barr konfrontierte die MSM mit der harten Wahrheit über die Ukraine, wo ihre Wurzeln liegen. Sie sagte, die Medien würden 24 Stunden am Tag Blödsinn über den Krieg im Land verbreiten. Die Komikerin erzählte Morgan, dass sie aus der Ukraine stammt. Sie wies darauf hin, dass es in der Ukraine viele Nazis gibt, von denen ihre gesamte Familie, einschliesslich Grossmütter, Urgrosseltern und zehn Geschwister, in den Wald getrieben und lebendig begraben wurde.

**«Sie marschierten mit meiner gesamten Familie in den Wald
und begruben sie lebendig!»
«Sie haben die Hakenkreuze auf den Waffen der Soldaten nicht gesehen?»**



Sie betonte weiterhin, dass es wichtig sei, dass die Menschen aufwachen und selbst Nachforschungen anstellen. Die Komikerin machte deutlich, dass Barr versuche, den Menschen bewusst zu machen, dass sie Opfer eines Gehirnwäscheprogramms geworden seien.

**«Haben Sie nicht die Hakenkreuze auf den Waffen der Soldaten gesehen?»
Sie sagte. «Es war in den Nachrichten.»**

Morgan bemerkte, dass Präsident Selenskyj jüdischer Abstammung ist und daher kein Nazi sein könne. Die Komikerin antwortete darauf: «Ich verstehe, aber das macht ihn nicht automatisch zu einem guten [Juden]. Sind alle Juden gleich? Nur weil jemand Jude ist, bedeutet das nicht, dass er Juden mag oder etwas Gutes für die jüdische Gemeinschaft tut. Es ist an der Zeit, dass die Menschen aufwachen!»

Zuvor hatte Barr den Milliardär George Soros als Nazi bezeichnet. Die Botschaft wurde vom ältesten Sohn des ehemaligen Präsidenten Trump geteilt. «George Soros ist ein Nazi, der seine jüdischen Landsleute verraten und sie dann in deutschen Konzentrationslagern ermordet hat», schrieb sie.

Soros Ziel: Die US-Regierung zu stürzen, indem Kandidaten bestochen und unterstützt werden, die gegen das Gesetz verstossen und jeden, der davon gestört wird, als Rassisten bezeichnen, fuhr sie fort.

Der Sender ABC beschloss daraufhin, seine Sitcom Roseanne einzustellen, die damals mit 18 Millionen Zuschauern pro Folge die meistgesehene Show in den USA war.

Quelle: <https://uncutnews.ch/komikerin-mit-ukrainisch-juedischen-wurzeln-konfrontiert-msm-mit-der-harten-wahrheit-ueber-die-ukraine/>

Französischer Biomedizin-Wissenschaftler: Es ist an der Zeit, mRNA-Impfstoffe als Gentherapien zu regulieren

T.H.G., Juli 13, 2023



In der Zeitschrift «International Journal of Molecular Sciences» stellt die unabhängige französische Forscherin Helene Banoun, Ph.D., die Frage: Warum sind die COVID-19 mRNA-Impfstoffe nicht als Gentherapien zugelassen? TrialSite hat berichtet, dass es sich bei den Produkten technisch gesehen, zumindest nach den Angaben der Impfstoffhersteller für Investoren, um eine Form der Gentherapie handelt.

Aber diese Prüfpräparate, die jetzt zugelassen sind, wurden in einer noch nie dagewesenen Art und Weise entwickelt, die angesichts des Zustands und der Art der COVID-19-Pandemie bisher nicht in Betracht gezogen wurde, was die rechtlichen, ökologischen und politischen Bedingungen betrifft.

Dr. Banoun vom französischen Institut für Gesundheit und medizinische Forschung (INSERM) hat kürzlich in seinem Beitrag «mRNA: Impfstoff oder Gentherapie? The Safety Regulatory Issues». Der französische Forscher sieht die eigentliche Herausforderung darin, dass es zum Zeitpunkt der Freigabe dieser Produkte «keine spezifischen Vorschriften gab». Aber ist es jetzt, nach der Verabschiedung des COVID-19-Notfalls, nicht an der Zeit, nicht nur die Vorschriften für diese Produktklasse zu überdenken, sondern auch die tatsächlichen Sicherheitsaspekte?

Verschiedenen Stellungnahmen von Spitzenforschungsinstituten, Aufsichtsbehörden und Gesundheitsbehörden zufolge sind die mRNA-Impfstoffe keine Gentherapien, da ein Faktenprüfer nach dem anderen den Mythos widerlegt, dass die mRNA-Produkte Gentherapien sind. Das Argument lautet, dass die mRNA-Impfstoffe den Gentherapie-Test nicht erfüllen, weil die mRNA selbst nicht in den Zellkern eindringt und auch nicht mit der DNA interagiert.

Wie TrialSite jedoch berichtet hat, werden die mRNA-Impfstoffe sehr wohl als Gentherapien angesehen, wenn man z.B. Modernas eigene Offenlegungen für Investoren gegenüber der Securities and Exchange Commission betrachtet. Siehe »Sind mRNA-COVID-19-Impfstoffe eine Form der Gentherapie? Yes, According to a Bayer Pharma Exec & Moderna«.

Auch Dr. Banoun stimmt dem zu und erklärt in ihrem jüngsten Papier: «Die Wirkungsweise der COVID-19 mRNA-Impfstoffe sollte sie als Gentherapieprodukte (GTPs) klassifizieren, aber sie wurden von den Zulassungsbehörden ausgeschlossen.»

Die Bedenken der französischen Wissenschaftlerin bezüglich der Impfstoffe gehen jedoch weit über die grundsätzlichen Definitionsfragen hinaus, da sie auf eine behördliche Erfolgsbilanz von «nicht konformen Ergebnissen in Bezug auf Reinheit, Qualität und Homogenität der Chargen» hinweist.

Es scheint, als ob jedes Argument zur Validierung von den Impfstoffherstellern selbst bis hin zu den Aufsichtsbehörden eine Idealvorstellung davon vermittelt, was die Impfstoffe sein sollen, während die Realität vor Ort in eine beunruhigende Richtung deutet. Ist das Spike-Protein stabil und lokal begrenzt geblieben, wie von der Industrie und den Behörden behauptet? Nein, denn es hat sich herausgestellt, dass mRNAs und ihre Proteinprodukte, wie das Spike-Protein, in jedes Organ und jede Zelle des Körpers gelangen, oft noch viele Monate nach der Impfung.

Bedroht dieses wandernde Spike-Protein die menschliche Gesundheit? Die Industrie, die Aufsichtsbehörden und die Gesundheitsbehörden verneinen dies entschieden. Leider ist das nicht der Fall. TrialSite hat Dutzende von Studien in Peer-Review-Journals zusammengetragen, die belegen, dass das Spike-Protein Entzündungen und mehr auslösen kann und wahrscheinlich zumindest irgendwie ein Faktor bei den unerwünschten Ereignissen nach dem COVID-19-Impfstoff ist. Natürlich sind für ein schlüssiges Verständnis weitere Forschungen und Daten erforderlich, aber wer und was wird die erforderlichen Forschungen finanzieren? Was passiert, wenn genau die Stellen, die für die Überwachung und Regulierung zuständig sind, selbst eine Überwachung und Kontrolle benötigen?

Die Befürchtungen von Dr. Banoun sind nicht unbedingt schlüssig bewiesen, aber nichtsdestotrotz berechtigt. «Studien nach der Markteinführung haben gezeigt, dass mRNA in die Muttermilch übergeht und nachteilige Auswirkungen auf gestillte Säuglinge haben könnte. Die langfristige Expression, die Integration in das Genom, die Übertragung auf die Keimbahn, der Übergang in Spermien, die embryonale/fötale und perinatale Toxizität, die Genotoxizität und die Tumorigenität sollten im Lichte der in den Pharmakovigilanz-Datenbanken gemeldeten unerwünschten Ereignisse untersucht werden.»

Während sich eine Reihe von Anti-Vaxxern, medizinischen Freiheitskämpfern und libertären Typen auf COVID-19 stürzen, um sofort das beängstigende Konzept der Impfstoffausscheidung zu propagieren, und TrialSite hat bei einer Handvoll Gelegenheiten die Literatur nach wissenschaftlicher Validität durchsucht, wirft Banoun das Gespenst auf, dass ein solches Phänomen bewertet werden muss. Ausserdem argumentiert sie, dass eine «eingehende Impfstoffkontrolle» Teil einer Reihe von Erwartungen ist, die die Zivilgesellschaft von der Industrie, den Regulierungsbehörden und den öffentlichen Gesundheitsbehörden für alle zukünftigen mRNA-basierten Produkte fordern wird.

QUELLE: TIME TO REGULATE MRNA VACCINES AS GENE THERAPIES: FRENCH BIOMEDICAL SCHOLAR

Quelle: <https://uncutnews.ch/franzoesischer-biomedizin-wissenschaftler-es-ist-an-der-zeit-mrna-impfstoffe-als-gentherapie-zu-regulieren/>



Der Ukrainekrieg und das Problem mit der Wahrheit

Ein Artikel von Jürgen Hübschen; 13. Juli 2023 um 10:00
Titelbild: Shutterstock / Viacheslav Lopatin

In allen Medien wird ständig über den Krieg in der Ukraine berichtet. Neben geschriebenen Abhandlungen gibt es eine Fülle von Bildern und Videos. Neben den Problemen der nicht definierten Aktualität der Beiträge, der räumlichen Zuordnung und technischen Qualität von Fotos und/oder Videos, der nicht einzuordnenden Kompetenz der Berichterstatter und dem fehlenden sicherheitspolitischen Know-how vieler Politiker ist das Hauptproblem der Wahrheitsgehalt aller Meldungen. Der nachfolgende Beitrag von Jürgen Hübschen befasst sich mit den Hauptursachen dieses Dilemmas.

Wahrheit und Propaganda

Es heisst nicht umsonst, dass die Wahrheit in jedem Krieg zuerst stirbt und durch Propaganda ersetzt wird. Diese Aussage trifft auch im Ukrainekrieg uneingeschränkt zu, und zwar für alle Kriegsparteien und teilweise sicherlich auch für die sie unterstützenden Staaten. In Russland und auch in der Ukraine bestimmt letztlich der Präsident, was in diesem Krieg gemeldet wird und was eben nicht. Der ukrainische Präsident Selensky wird dabei von einer Vielzahl internationaler PR-Agenturen beraten und unterstützt. Das erklärt nicht nur die Inhalte seiner täglichen Video-Botschaften und seine medienwirksamen Frontbesuche, von denen niemand genau weiss, wo und wann diese stattgefunden haben, sondern vor allem auch seine professionellen Auftritte in anderen Ländern sowie bei internationalen Meetings und Organisationen – durch persönliche Präsenz oder per Videoschaltung.

Dabei ist es ihm nicht selten gelungen, sich selbst zu verschiedenen Events einzuladen und die Sympathien der Veranstalter und Teilnehmer für sich zu gewinnen. Für den russischen Präsidenten gab und gibt es vergleichbare Möglichkeiten nicht. Bis auf wenige Ausnahmen, an denen er selbst in den Medien präsent war, begnügte Präsident Putin sich mit Aussagen von Aussenminister Lawrow und/oder Pressesprecher Peskow. Der Wahrheitsfindung dienten weder die Verlautbarungen des Kremls noch die der ukrainischen Regierung, weil die dafür erforderlichen Fakten Aussenstehenden nicht bekannt waren und sind.

Informationen, Annahmen, Behauptungen, wishful thinking und Fakten

Dieses grundsätzliche Problem wird noch dadurch erheblich verstärkt, dass Journalisten, Politiker und vor allem viele der sogenannten Experten in ihren Aussagen und Feststellungen in Printmedien und vor allem in politischen Talkshows nicht unterscheiden zwischen Informationen, Annahmen, Behauptungen, wishful thinking und Fakten. Vielfach sind nicht einmal die Unterschiede bekannt, oder sie werden bewusst ignoriert. Informationen können stimmen, müssen es aber nicht. Annahmen sind ganz persönliche Einschätzungen, die in seriöser Weise als solche gekennzeichnet werden sollten. Behauptungen werden häufig nach dem Motto formuliert: «Fest behauptet ist halb bewiesen.» Mit der Wahrheit haben sie in der Regel nichts zu tun, sondern basieren häufig auf einem «wishful thinking». Das heisst, dass Situationen und Entwicklungen mit der Realität wenig bis gar nichts zu tun haben, sondern lediglich darstellen, wie man eine bestimmte Lage gern hätte. Häufig dienen solche Aussagen lediglich dazu, das eigene Handeln zu rechtfertigen, vor allem dann, wenn es um die Begründung von finanziellen Leistungen oder Waffenlieferungen geht. Dann wird z.B. eine Offensive herbeigeredet und auch dann noch als erfolgreich dargestellt, wenn sie nachweislich von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Ganz anders verhält es sich mit Fakten, von denen allerdings kaum welche verfügbar sind, weil sie entweder der Geheimhaltung unterliegen oder wegen ihres nachteiligen Inhalts nicht veröffentlicht werden. Selbst bei der Berichterstattung von Fakten bedarf es vorher einer seriösen Prüfung. Erst eine vertrauenswürdige Bestätigung macht sie belastbar und dadurch letztlich zu einer gesicherten Erkenntnis. Dann erst wird eine Tatsache zu einer Wahrheit.

Das «Nachrichtenkarussell»

Im Zusammenhang mit der Einstufung von Fakten als gesicherte Erkenntnisse muss man sich über die Problematik des «Nachrichtenkarussells» im Klaren sein. Darunter versteht man die scheinbare Bestätigung eines Sachverhalts, die aber letztlich auf dieselbe Quelle zurückgeht. Dafür ein Beispiel: Ein Journalist, Politiker oder Diplomat «A» erfährt in einem Gespräch mit einer Person «B» von einem bestimmten Sachverhalt, der durchaus möglich und zutreffend erscheint. Eine Person «C» spricht separat ebenfalls mit der Person «B» über dasselbe Thema. Später trifft «A» auf derselben Veranstaltung oder auch bei einer anderen Gelegenheit auch die Person «C», unterhält sich mit ihr über denselben Sachverhalt und findet die Aussage, die «B» zuvor auch ihm gegenüber gemacht hat, bestätigt. Da «A» nicht weiss, dass die Person «C» vorher dieselbe Information von «B» erhalten hat, hält er diese für bestätigt und bewertet sie als Fakt. Dieses «Nachrichtenkarussell» habe ich während des Irak-Iran-Krieges in meiner Tätigkeit als Militärattaché bei der Deutschen Botschaft in Bagdad immer wieder erlebt. Dieses «Karussell» dreht sich besonders oft und auch schnell, wenn es in einem Krieg an offiziellen und nachprüf-baren Verlautbarungen der beteiligten Parteien mangelt.

Die Qualität der genutzten Quellen

Ein weiteres Problem, eine belastbare Lagebeurteilung erstellen zu können, liegt in der Qualität der genutzten Quellen. Um diese beurteilen zu können, bedarf es neben eigenen Erfahrungen eines soliden und erprobten Netzwerks, das man sich in der Regel mühsam selbst aufbauen muss. Erst nach geraumer Zeit vor Ort ist man in der Lage, eine genutzte Quelle hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit einigermaßen zuverlässig einzuordnen. Das gilt natürlich besonders für persönliche Gesprächspartner. Diese sind, wie alle Menschen, sehr unterschiedliche Charaktere. Im Krieg ist es besonders wichtig zu wissen, ob der jeweilige Gesprächspartner eher ängstlich ist und deshalb vielleicht dazu neigt, Sachverhalte zu dramatisieren, oder ob es sich um einen Draufgänger handelt, der Entwicklungen eher verharmlost, oder ob es sich vielleicht um einen Aufschneider handelt, der sich lediglich wichtigmachen will. Die Auswahl der Quellen bedarf einer besonderen Sorgfalt und erfordert eine Menge Zeit.

Fake News

Bei allen genutzten Quellen kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich bei scheinbar glaubwürdigen Informationen um Fake News handelt. Das herauszufinden ist in Zeiten massiver Propaganda besonders schwierig und wird noch dadurch erschwert, wenn derartige Informationen von Quellen verfügbar gemacht werden, die man bislang für vertrauenswürdig gehalten hat. Agenten sind auf diesem Feld natürlich besonders erfinderisch und professionell. Doch auch staatliche Institutionen bedienen sich dieser Methode, um ihr aktuelles Handeln oder aber auch zukünftige Planungen und Entscheidungen zu rechtfertigen.

Die Anonymität in den sogenannten Social Media

In den Social Media kann jeder ohne Namensnennung Dinge berichten oder auch Behauptungen aufstellen, die keine solide Grundlage haben oder aber auch schlicht und einfach gelogen sind. Dies führt bei allen, die diese Medien nutzen, häufig nicht nur zu grosser Verunsicherung, sondern nicht selten auch zu einer völlig falschen Lagebeurteilung und vielfach auch zu einer letztlich manipulierten eigenen Meinung. Ausserdem kann mit Hilfe dieser Medien erheblicher Druck auf die politischen Entscheidungsträger aufgebaut werden und diese sogar zu wenig sinnvollen Massnahmen veranlassen.

Der Wettstreit zwischen den direkten und den traditionellen Medien

Ich möchte für die Bezeichnung von Twitter, Facebook etc. den Begriff «Direkt-Medien» verwenden, im Gegensatz zu den Print-Medien und dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Das Problem, das sich in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Berichterstattung entwickelt hat, liegt in der «Konkurrenz der Systeme», was ihre Aktualität angeht. Die Direkt-Medien können – falls sie Lust dazu haben – auf jede Entwicklung, jeden Sachverhalt unverzüglich reagieren, völlig losgelöst vom Wahrheitsgehalt der jeweiligen Meldung.

Da es bei den Print-Medien, auch bei den überregionalen wie z.B. Welt, FAZ, SZ und Zeit, letztlich auch um die Auflagenhöhe und bei den Öffentlich-Rechtlichen auch um Quoten geht, versuchen diese, hinsichtlich der Aktualität mit den Direkt-Medien zu konkurrieren, was aber nur zu Lasten einer seriösen Recherche möglich ist. Der Wahrheitsfindung und einer differenzierten Berichterstattung dient dieser «Wettbewerb» sicherlich nicht.

Zusammenfassung

Kein Aussenstehender weiss wirklich, was sich aktuell in der Ukraine abspielt. Einige Gründe für dieses Dilemma habe ich aufgezeigt. Sie erheben allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dieser Beitrag soll in der Hauptsache dazu dienen, bei der eigenen Meinungsbildung zurückhaltend zu sein. Aktuell hat sich bezüglich des Ukrainekrieges in unseren Medien eine «Schwarz-Weiss-Darstellung» entwickelt, die auf der ukrainischen Seite alle Ereignisse und Entwicklungen eher positiv und auf der russischen völlig negativ bewertet. Die mittlerweile üblichen Gäste in den politischen Talkshows unterstreichen diesen Sachverhalt mit ihren Aussagen besonders nachdrücklich. Eine derartig einseitige Darstellung entspricht nicht der Realität, führt bei Lesern und Zuschauern zu einem verzerrten Blickwinkel und letztlich zu einer falschen Lagebeurteilung der aktuellen Situation.

Wegen der wenig differenzierten Berichterstattung über den Krieg und der aufgezeigten Probleme, die Wahrheit herauszufinden, besteht für die Bevölkerung die Gefahr, sich eine eher einseitig geprägte eigene Meinung zu bilden. Davor möchte ich warnen, und zwar in der Gewissheit, dass die Ukraine diesen Krieg militärisch nicht gewinnen kann und eine politische Lösung immer dringender wird.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=100919>

Tempora mutantur, nos et mutamur in illis – so ändern sich die Zeiten und wir uns mit ihnen ...

Autor: Christian Müller, 13. Juli 2023

Da las ich heute morgen fast zufällig auf einem Facebook-Post, wie unzuverlässig die Deutsche Bahn mittlerweile doch sei. Spontane Frage an mich selbst: Hatte ich nicht einmal darüber geschrieben – und darüber gelacht –, dass die ukrainische Bahn beschlossen hatte, sich von der Deutschen Bahn beraten zu lassen? Ein Blick ins eigene Archiv – und hier ist der Artikel, den ich damals, am 4. September 2021, ein halbes Jahr vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine – damals noch auf der Plattform «Infosperber.ch» – über die Ukraine geschrieben hatte:



Die ukrainische Armee arbeitet engst mit der NATO zusammen, ist formal aber noch nicht Teil der NATO – vermutlich zum Glück von Europa. © The National Interest

Die Ukraine – «ein unwürdiger und gefährlicher Partner der USA»

Christian Müller/4.9.2021: In der Ukraine läuft noch immer viel schief. Das Land lebt mehr und mehr vom «Anti-Russland-Goodwill» anderer Länder.

«Die wichtigsten Annahmen, die der US-amerikanischen Politik gegenüber der Ukraine zugrunde liegen, sind falsch. Die interne Regierungsführung in Kiew ist eher von aufkeimendem Autoritarismus als von einem

Bekenntnis zur Demokratie geprägt und die ukrainische Aussenpolitik ist alarmierend kriegerisch gegenüber ihrem viel grösseren und mächtigeren Nachbarn. Die Ukraine ist ein unwürdiger und gefährlicher Partner für die Vereinigten Staaten.»

Der das am 30. August 2021 geschrieben und veröffentlicht hat, ist kein Kreml-freundlicher Propagandist, sondern ein offensichtlich aufmerksamer Beobachter und couragierter Kommentator der geopolitischen Spannungen: der US-Amerikaner Ted Galen Carpenter. Und die oben zitierten Sätze stehen nicht irgendwo auf einer kleinen Oppositionsplattform, sondern im US-amerikanischen Zweimonats-Polit-Magazin «The National Interest», das politisch tendenziell den Neocons zugerechnet wird.

Ted Galen Carpenter hat richtig beobachtet. Der als Hoffnungsträger zum ukrainischen Staatspräsidenten gewählte Wolodymyr Selensky ist mittlerweile die Enttäuschung. Sein Versprechen, als erste Priorität den Frieden im Donbass anzugehen, hat er nicht nur nicht gehalten, er tut alles, um eine Lösung des Konflikts zu verhindern: Noch strengere Sprachgesetze gegen die russische Muttersprache in vielen Regionen der Ukraine, noch mehr Geld ins Militär, noch massivere Forderungen an die westlichen «Verbündeten» USA und Deutschland, noch härteres Vorgehen gegen Medien, die nicht auf seiner Linie liegen, «Minsk II» kein Thema mehr, und und und. Zu den ukrainischen Realitäten gehört, dass die ukrainische Armee bereits sehr eng mit der NATO kooperiert – NATO-Militärberater für die ukrainische Armee, obligatorische Englischkurse für die Offiziere, gemeinsame Manöver in der Ukraine und sogar gemeinsame Manöver ausserhalb der Ukraine. Aber Selensky will die offizielle Mitgliedschaft – und genau das ist das Problem: Gemäss Ziffer 5 des NATO-Vertrages ist die NATO zu militärischer Hilfe verpflichtet, wenn ein Mitglied angegriffen wird. Dann aber wäre es für die Ukraine – als Mitglied – ein Leichtes, irgendein militärisches Geplänkel mit Russland als Angriff zu deklarieren, und schon wäre die Folge eine militärisch-kriegerische Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland – und damit wohl der Beginn eines neuen grossen europäischen Krieges.

Aber es gibt auch Geschichten aus der Ukraine, die eher zum Lachen sind

Eben hat die Ukraine beschlossen, zur Modernisierung der staatseigenen ukrainischen Bahngesellschaft «Ukrzaliznytsia» deren Management der Deutschen Bahn zu übertragen und neue Züge beim Schweizer Unternehmen «Stadler Rail» zu bestellen. Kleine Zusatzinfo: Die Deutsche Bahn vermeldete stolz, im Jahr 2020 einen höheren Grad an Pünktlichkeit der Züge erreicht zu haben als je in den letzten 15 Jahren: 81,8 Prozent der ICEs, ICs und ECs seien pünktlich unterwegs gewesen. Was die Deutsche Bahn dabei allerdings verschweigt: Im gleichen Jahr hat sie 4230 Fernzüge einfach ausfallen lassen und über 99'000 Fernzug-Halte sind einfach nicht eingehalten worden: Der Zug fuhr jeweils einfach durch. Wie heisst es doch so schön: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!

11	Zug fällt heute aus -
23	Zug fällt heute aus -
8	Zug fällt heute aus -
18	Zug fällt heute aus -

4230 Fernzüge hat die Deutsche Bahn im Jahr 2020 einfach ausfallen lassen – aber sie übernimmt jetzt das Management der ukrainischen Bahngesellschaft «Ukrzaliznytsia».

Und: Die neuen Züge sollen aus der Schweiz kommen! Es sei am 26. August mit Stadler und der Schweiz ein Memorandum unterzeichnet worden, die Schweiz gewähre der Ukraine zum Kauf der Stadler-Züge ein «Darlehen» in Höhe von 500 Millionen Euro. Die englischsprachige «Kyiv Post» dazu wörtlich: «In order to modernize its equipment, Ukrzaliznytsia signed a memorandum on Aug. 26 with Swiss train manufacturer Stadler and the Swiss government to purchase 90 Swiss trains using a 500 million euro loan from Switzerland. This is the first-ever Swiss export financing project in Ukraine. It will cover 60 local commuter trains, 20 regional trains and 10 long-distance intercity trains.»

Ein «Darlehen» der Schweizer Regierung an die Ukraine? Eine schriftliche Nachfrage in «Bern» hat ergeben: Es geht nicht um ein Darlehen, sondern um die Exportrisiko-Garantie – mit Betonung auf Risiko! Denn nur gerade zwei Tage später vermeldete die gleiche «Kyiv Post» einen neuen Betrugsfall bei der staatseigenen Bahn «Ukrzaliznytsia» und fügte bei, von 2019 bis 2021 hätten hohe Beamte der ukrainischen Eisenbahngesellschaft das Unternehmen durch kriminelle Machenschaften um 37 Millionen US-Dollar erleichtert. Bilanz der ukrainischen Staatsbahn: «Das Unternehmen verzeichnet unbezahlte Kredite in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar und steht damit am Rande der Insolvenz.» («The company has \$1.3 billion in unpaid loans, putting it on the verge of technical default.»)

Dass Geld einfach verschwindet, gehört zum ukrainischen Alltag. Vor allem auch Geld aus dem Ausland verschwindet üblicherweise in privaten Taschen. Nichts desto trotz: Zur Bestätigung eines wichtigen «Verbündeten» hat Joe Biden gerade in den letzten Tagen wieder 60 Millionen US-Dollar für die Ukraine bewilligt – einmal mehr für den Kauf von Waffen!

Joe Biden hat den Empfang des ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selensky im Weissen Haus dreimal verschoben. Jetzt, am 1. September, hat er Selensky tatsächlich empfangen. Selenskys Hauptbegehren, die USA mögen Nord Stream 2 doch noch verhindern und die Ukraine sei als formelles Mitglied in die NATO aufzunehmen, wurden von Joe Biden aber trotz allem nicht erfüllt. Aber als Geste des Goodwill hat Biden seinen staatlichen Geldbeutel grad nochmals geöffnet: Als Beitrag an die «humanitäre Hilfe» für die Ukraine bewilligte er weitere 45 Millionen US-Dollar.

Vielleicht müsste die Ukraine wirklich einmal die eigenen Probleme angehen, bevor sie mehr und mehr ultimativ fordert, dass die westliche Welt ihr mit weiteren Milliarden-Krediten und Millionen-Spenden das staatliche Überleben sichert. Der relativ kühl gehaltene Abschiedsbesuch von Angela Merkel in Kiew und der dreimal verschobene Empfang Selenskys durch Joe Biden haben deutlich gemacht, dass der Westen so ganz langsam zu begreifen beginnt, dass die Ukraine – diese Ukraine, so, wie sie heute funktioniert – das Risiko eines Dritten Weltkrieges nicht lohnt.

PS vom 12. Juli 2023: Auch jetzt in Vilnius hat US-Präsident Joe Biden Selenskys Wünsche vernünftigerweise nicht erfüllt. Umso unverständlicher ist, warum die USA und die NATO damals die im Dezember 2021 von Russland verlangten Sicherheitsgarantien einfach pauschal abgelehnt haben. Wie viele Menschenleben und wie viele Milliarden an US-Dollars und Euros hätten mit einem Eintreten in Gespräche damals doch gerettet werden können! Man hätte wirklich auf Ted Galen Carpenter hören müssen! (cm)

Quelle: <https://globalbridge.ch/tempora-mutantur-nos-et-mutamur-in-illis-so-aendern-sich-die-zeiten-und-wir-mit-ihnen/>

Vilnius-2023: Wohl der letzte NATO-Gipfel der Osterweiterung

Von Wladislaw Sankin, 12 Juli 2023 20:21 Uhr

Die NATO hat es nicht eilig mit der Ukraine als Mitglied. Dies ist nur dann möglich, wenn die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnt. Also muss sie weiter Krieg führen – und zwar siegreich –, um ihr Verfassungsziel, also die NATO-Mitgliedschaft, zu erreichen. Ein fantastischer Plan.

Das Stadtzentrum von Vilnius ist, soweit das Auge reicht, mit ukrainischen Fahnen geschmückt, Selensky hält pathetische Rede – «in Bachmut wird die Freiheit Europas verteidigt», der Präsident des Gastgeberlandes umarmt ihn. Etwas Tröstliches gibt es in dieser Umarmung. Selensky hat die letzten Mittel seiner Chuzpe-Diplomatie aufs Spiel gesetzt, als er seine Herren in Washington und Brüssel anschnauzte, die Gipfel-Erklärung zum NATO-Beitritt der Ukraine sei «absurd».

Noch kann er sich im Lichte der Aufmerksamkeit unter den Mächtigen dieser Welt sonnen und hoffen, dass der Westen ihn zu sich nimmt, vor allem in die NATO, denn das würde ihm und seiner Clique noch für gewisse Zeit das politische Überleben sichern. Aber die Zeit schmilzt dahin. Das sehen sogar die Realisten unter den NATO-Falken wie der tschechische Präsident Petr Pavel, als er sagt, dass das Fenster der Möglichkeiten für die ukrainischen Truppen nur bis Ende des Jahres offen bliebe.

Was brachte der NATO-Gipfel in Vilnius ausser üblicher Selbstbeweihräucherung und Anti-Russlandparolen? Ein weiteres Glanzstück der sicherheitspolitischen Äquilibristik. Das Glas des NATO-Beitritts für die Ukraine ist je nach Betrachtungsweise halbleer oder halbvoll, die Formulierungen taugen für beides. Praktisch wird die Ukraine etwas näher an die NATO rücken, nach jahrelanger Verfechtung jedoch ohnehin fast De-facto-Mitglied, das die Funktion der Schwächung Russlands mit eigenen Soldaten auf seinem eigenem Territorium ausführt. Diese Funktion bringt kein anderer als der stellvertretende Bild-Chefredakteur Paul Ronzheimer in seinem letzten Artikel auf den Punkt: Es seien die ukrainischen Soldaten, die dafür sorgen, dass «Russlands Armee immer schwächer wird – und damit auch weniger gefährlich für uns».

«Das war in Gänze eine langweilige Versammlung von Kapitänen offensichtlich, die ein ernstes Problem zu lösen hatten, nämlich wie man es schaffen kann, sich nicht an die gescheiterte Offensive der ukrainischen Armee zu erinnern, die einen bedeutenden Teil der vorherigen Investitionen verschlungen hatte», schrieb ein russischer Militäranalyst dazu. Kurz und knapp. Keiner widmet in Russland dem Gipfel mehr als fünf Zeilen, das Land ist zu beschäftigt, es sind noch zu viele Probleme zu lösen auf dem Weg zum Sieg. Denn nur der Sieg Russlands über die NATO-Ukraine kann den Vormarsch der Militärallianz unmittelbar in Russlands Unterleib verhindern.

Das verstehen die Russen, das versteht auch die NATO, nur andersherum: Nur eine ukrainische Niederlage kann die NATO-Ausweitung auf Kosten der Ukraine verhindern. Der Generalsekretär der Allianz Jens Stoltenberg teilte dies auf der Abschlusskonferenz nach dem ersten Tag des Gipfeltreffens höchstpersönlich

mit: «Die wichtigste Aufgabe besteht jetzt darin, den Sieg der Ukraine sicherzustellen. Wenn die Ukraine nicht gewinnt, wird die Frage der Garantien und der NATO-Mitgliedschaft überhaupt kein Thema mehr sein.»

Das Gleiche sagte Stoltenberg auch in November – die Ukraine müsse den Krieg gewinnen und sich als demokratischer Staat erhalten, um beitreten zu können. Dies ist also die felsenfeste Position der Allianz. Aber glaubt die Allianz und glauben damit automatisch die USA wirklich an den Sieg der Ukraine? Und vor allem, was gilt denn als Sieg? Machen wir es uns aber nicht zu leicht. Sollte der Ukraine noch in diesem Jahr kein Durchbruch zur Krim-Grenze gelingen, wird womöglich nach koreanischem Vorbild über Waffenstillstand und Teilung der Ukraine entlang der zu diesem Moment gültigen Frontlinie verhandelt. Diese Lösung deuten die einflussreichen Thinktanks in den USA seit Jahresbeginn an.

Nehmen wir zunächst an, Russland würde diesem zustimmen und sogar nichts gegen die weitere Existenz des Selensky-Regimes in Kiew und die weitere Bewaffnung der Ukraine durch die NATO einwenden. Diese für Russland äusserst schlechte Lösung kann aber in Kiew und bei dessen Gönnern keineswegs als Sieg gesehen werden. Sowohl Selensky als auch die NATO fordern ständig von Russland kompletten Rückzug aus zurückeroberten (befreiten) Gebieten einschliesslich der Krim.

Diese Gebiete verstehen sich aber als Teil Russischer Föderation, integrieren sich rechtlich, wirtschaftlich und humanitär im Eiltempo. Es wird gebaut, repariert, instandgesetzt. Russland wird diese Gebiete niemals abtreten. Also rein theoretisch könnte nur eine Korea-Lösung zur Option werden. Aber um den neuen Status Quo nach einem möglichen Waffenstillstand zu legitimieren, brauchen Westens Politik-Eliten enorme medial-politische Anstrengungen. Vor allem müssen sie die Notlösung der neuen Grenzziehung sich selbst und ihrem Wahlvolk als etwas Wünschenswertes verkaufen.

Die Aufnahme der Ukraine in die NATO ohne all die verlorenen Gebiete im Südosten, einschliesslich der Krim – würde auch heissen, dass der Westen und die Ukraine die neuen Grenzen der geschrumpften Ukraine de facto legitimieren. Aus der heutigen Sicht ist dies unvorstellbar. Und das ist natürlich kein ukrainischer Sieg. Aber sollte diese Möglichkeit beim nächsten NATO-Gipfel trotz alledem als ernstzunehmende Option je zur Sprache kommen, wird Russland nicht lange damit zögern, die Militärhandlungen zu reaktivieren. Denn, wenn jemand dies vergessen hat, die ungehemmte NATO-Osterweiterung ist der eigentliche Langzeitzünder dieses Krieges.

Es ist also entscheidend, wie die Perspektiven des Konflikts in Moskau gesehen werden. Und was sehen wir da? Der russische Chef-Diplomat redet seit einiger Zeit über die Ukraine in der Vergangenheitsform. Das ist die höchste Form des «Cancelns». Die hier oft zitierten verbalen Auslassungen eines weiteren Top-Beamten, des Ex-Präsidenten Dmitri Medwedew, zur Zukunft der Ukraine ziehen wir nicht mal in Betracht. Ukrainische Staatlichkeit gilt als gescheitert und nicht mehr existent, nicht zuletzt aufgrund deren massivster Unterstützung aus dem Ausland und des Verlusts der Souveränität. Also während das Ziel der ukrainischen Führung die Zerschlagung Russlands auf Kleinstaaten («Ende des russischen Imperialismus») und deren Unterwerfung unter westlich-ukrainische Herrschaft ist – Belege für diese Absichten gibt es zuhauf –, ist Russlands Ziel das Kiewer westlich orientierte und gegenüber Russen neonazistische Regime restlos zu beseitigen.

Wir haben es also im Ukraine-Konflikt mit der höchsten Form von zwischenstaatlichem Antagonismus zu tun. Russland kämpft gegen Antirussland. Antirussland kämpft gegen Russland. Nicht nur für die Ukraine ist der gegenwärtige Krieg ein Existenzkampf, sondern auch für Russland. Und es darf diesen Kampf nicht verlieren. Die NATO würde es zerreißen und russische Staatlichkeit beenden, wenn es doch je dazu kommen sollte.

Aber derzeit gibt es keine Anzeichen, die darauf hindeuten, dass Russland diesen Kampf verlieren könnte. Ganz und gar im Gegenteil. Also wird der NATO-Gipfel beim nächsten Mal wohl kaum in solch lockerer Atmosphäre wie heute und gestern all die theoretisch möglichen Varianten einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft diskutieren können. Viel eher wird sich die Allianz im nächsten Jahr und den Folgejahren nicht mit Expansion gen Osten, sondern mit seinen primären Aufgaben auf seinem Kerngebiet beschäftigen.

Ernüchterung tut allen gut, auch Militärallianzen.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/175018-vilnius-2023-wohl-letzte-nato/>

Nordstream – Für wie dumm haltet ihr uns eigentlich?

Mittwoch, 12. Juli 2023, von Freeman-Fortsetzung um 7:40



Die «Eliten» halten uns für wirklich dumm ...

<https://www.watson.ch/international/russland/214104652-nord-stream-pipeline-sprengung-am-tatort-waren-russische-militarschiffe>

Offiziell bestätigt: Am Nord-Stream-Tatort waren russische Militärschiffe

Noch immer sind die Explosionen der Gaspipelines in der Ostsee nicht aufgeklärt. Nun bestätigt Deutschland: Auch die Bundeswehr verfügt über Informationen zu verdächtigen Fahrten der russischen Marine.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/07/nordstream-fur-wie-dumm-halt-ihr-uns.html#ixzz87KatMet7>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2023

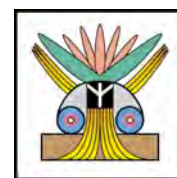
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz